Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 18. Mittag-Ausgabe. Einundsechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 12. Januar 1880.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

33. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. Januar.

11 Uhr. Am Ministertische Bitter, Friedberg und Commissarien.

Nachdem einige von der zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachteten Petitionen an die betreffenden Commissionen zur schriftlichen Berichterstattung zurückverwiesen sind, folgt die Specialberathung des Etats des Finanzministeriums. Die Einnahmen werden genehmigt. Beim Kap. 57, Titel 1 (Gehalt des Ministers) erhält das Wort.

Abg. Langerhans: Ich habe hier einen am 5. December an einen mir befreundeten Mann gerichteten Brief, auf dessen Couvert steht: Berliner Handelsgesellschaft Berlin, während auf der Oblate steht: Reichsbankdirectorium. Gleich der Brief ist, um den Inhalt zu schließen, wahrscheinlich eine ganze Anzahl fortgeschickt. Es lagen darin zwei Circulare, in deren einem die Berliner Handelsgesellschaft sich erbietet, in der Generalversammlung der Potsdamer Bahngesellschaft Actionäre, welche für den Verkauf der Bahn an den Staat gegen am 2. Januar 1881 einzutauschende 4procentige Consols und eine baare Zuzahlung von 3 M. per Actie stimmen wollen, kostenfrei zu vertreten und seinerzeit den Umtausch der betreffenden Actien gegen Consols kostenfrei zu bewirken; in dem anderen Circular steht nur, daß die Vertretung auch einfach auf Einreichung der Depotscheine der Reichsbank erfolgen solle. Jeder von uns wird erstaunen, zu welchen Mitteln das Ministerium gegriffen hat, um die Verstaatlichung der Bahnen durchzuführen, und selbst wer den Vorgang entschuldigen wollte, wird ihn nicht schön finden. Der Eisenbahnminister hat damit den Giftbaum sehr wesentlich gewässert in seiner größeren Wucherung, denn er findet gegen hier in seinem tiefsten Schatten Erholung und Kräftigung. Die Reichsbank war ihrer Bestimmung nach zu solchem Vorgehen nicht berechtigt, auch wurde ihr Zweck dadurch in jeder Weise beeinträchtigt.

Jeder Actionär mußte durch einen solchen Brief empfinden, welch' großer Druck auf die Verstaatlichung gelegt wurde, und da die Reichsbank sich betheiligte, wie schwer es ihm gemacht werden könnte, wenn er sich auf den Plan einginge. Die Reichsbank förderte hier die Interessen einzelner großer Bankgesellschaften, denn man weiß ja, wie viel diese bei der Verstaatlichung verdienen, und welche anderen Vortheile die Inhaber großer Firmen erzielen, wenn sie sich dem Willen der Machthaber gefügig zeigen. Es giebt ja so viel Mittel sie zu belohnen, Titel, Orden u. s. w. Eine Reihe christlicher und jüdischer Banquiers ist sogar in den Adelstand erhoben worden. Endlich liegt darin eine Indiscretion der Reichsbank, daß sie der Handelsgesellschaft mittheilte, wer bei ihr Papiere deponirt hat, wenn dieselbe auch nicht die Namen der Deponenten genannt hat, an welche sie die Briefe schickte. Ich weiß aber bestimmt, daß die Berliner Bank derartige Briefe zurückbekommen, zum Theil auch Antwort darauf erhalten, also einen Theil der Namen der Actionäre erfahren hat. Die Reichsbank übernimmt die treue und sichere Aufbewahrung der ihr übergebenen Papiere; dem widerspricht es, wenn sie die Namen zu anderen Zwecken verwendet. Es liegt hier einerseits eine große Rücksichtslosigkeit, andererseits eine überaus große Gefügigkeit vor, beides nicht im Interesse der Reichsbank, die im Rufe einer durchaus ordnungsmäßigen Verwaltung steht. Wir wollen doch alle die Ehre unseres Vaterlandes und unserer staatlichen Institutionen in keiner Weise trüben lassen, ich finde es darum unrecht, daß unser Finanzminister als Mitglied des Curatorium der Reichsbank nicht dafür gesorgt hat, daß dieselbe vor einer solchen Unbill geschützt werde. (Beifall links.)

Finanzminister Bitter: Ich bedauere, daß der Minister für die öffentlichen Arbeiten nicht hier ist, um dem Vorredner zu antworten. Ich hätte gewünscht, daß er seine Kritik über das Verfahren der Reichsbank erst zu meiner Kenntniß gebracht hätte, damit ich die Thatsachen, auf denen sie basirt, hätte constatiren können. Ich kann die Reichsbank hier nicht vertreten, da sie Reichsinstitut ist; aber es ist unmöglich, daß die Verwaltung derselben nur im Geringsten so gehandelt hat, daß ihre Ehre oder die des Vaterlandes darunter leiden könnte. Was ein Reichsinstitut thut, kann nicht mir zur Last gelegt werden; dagegen muß ich mich auf das Entschiedenste verwahren. Nachdem die Verhandlungen mit der Berlin-Potsdamer Gesellschaft gescheitert waren, war der Vorsitzende der Berliner Handelsgesellschaft bei mir und fragte, welche Schritte die Regierung seitens der Gesellschaft wünsche, um ihr entgegenzukommen, und ich antwortete, daß ich ihm keine Antwort geben könne. (Beifall rechts.) Wenn die Handelsgesellschaft solche Operationen macht, so hat sie dazu ein gesetzliches Recht, aber weder ich noch die Reichsbank haben damit etwas zu thun. Ich muß erst die Thatsachen constatiren, auf welche Angriffe gegen die Ehrenhaftigkeit der Reichsbankverwaltung gegründet werden. Die Regierung hat keinen Druck auf die Actionäre ausgeübt; sie hat sie an sich herantreten lassen, und als die Frage, unter welchen Modificationen weitere Zugeständnisse an die Gesellschaft gemacht werden könnten, zu entscheiden war, hat die Regierung unter sich, d. h. der Handels-, der Eisenbahnminister und ich, sich darüber schlüssig gemacht, ohne daß andere Leute hinzugezogen oder um ihre Meinung gefragt worden wären. Die Bemerkung des Vorredners hat also mit der Finanzverwaltung keinen Zusammenhang. Ehe mir nicht Beweise für die vorgetragenen Thatsachen erbracht werden, muß ich jene Kritik, welche die Ehre der Reichsbank und des Vaterlandes als verletzt darstellt, zurückweisen.

Präsident v. Köller: Der Abg. Langerhans hat nicht gesagt, daß die Ehre und das Ansehen des Vaterlandes oder der Reichsbank durch die vorgetragenen Manipulationen verletzt seien.

Der Finanz-Minister: Der Abg. Langerhans hat jedenfalls die Ehre der Verwaltung mit seiner Kritik über die Reichsbank in Verbindung gebracht.

Abg. Langerhans: Hier ist der Beweis für die Thatsachen, der Brief mit dem Siegel des Reichsbankdirectoriums. Mein Angriff ging nicht gegen die Reichsbank, sondern gegen den Finanzminister, der als Mitglied des Curatoriums diese Vorgänge geduldet, vielleicht mit veranlaßt hat. Hätte ich das ganze Curatorium oder die Verwaltung der Reichsbank angreifen wollen, so hätte ich die Sache dem Reichstage überlassen müssen. Die Angelegenheit betrübt mich tief, und ich hoffe, daß auch die Mehrzahl von Ihnen nicht billigt, daß die Reichsbank sich in dieser Weise in Privatgeschäfte einmischt.

Der Finanz-Minister: Ich höre von diesem Briefe heute zum ersten Male. Sie können nicht verlangen, daß ein Minister auf Fragen sofort antwortet, die noch gar nicht zu seiner Cognition gekommen sind. Ich habe den Vorgang weder geduldet noch veranlaßt; in den Sitzungen des Curatoriums, denen ich als Mitglied beiwohnte, war von diesen Operationen gar nicht die Rede. Wäre die Frage zur Kenntniß des Curatoriums gekommen, so wäre darüber ein Beschluß gefaßt worden. Ich muß der Reichsbank als solcher vorbehalten, die Sache richtig zu stellen, eventuell das ihrige zu thun.

Abg. Langerhans: Ich freue mich über diese Erklärung und hoffe, daß der Minister bei der dritten Lesung hinreichend instruirt sein wird, um eine genügende Auskunft zu geben.

Die Zulage von 1200 Mark für den Vorsteher des Centralbureaus im Finanzministerium wird, wie in allen übrigen Ressorts abgelehnt.

Bei Cap. 58 Tit. 1 der Ausgaben (Oberpräsidien und Regierungen) bringt Abg. Rickert mit tiefem Bedauern die an die Conflictszeit erinnernde Maßregelung der ein Jahrhundert alten, stets auf deutscher Seite stehenden und von der Mehrzahl der Bevölkerung der Provinz deshalb hochgeachteten „Posener Zeitung“ zur Sprache. Sie steht auf einem gemäßigt liberalen Standpunkt, ihr Redacteur und Verleger gehören der nationalliberalen Partei an. Schon seit längerer Zeit wurden Versuche gemacht, sie in das mehr conservative Lager herüberzuführen, zuerst mit freundlichem Zureden, sodann, als dies nicht fruchtete, mit etwas kräftigerem Druck und im August v. J. wurde ihr, wie sie in ihrer Nummer 101 mittheilt, von amtlicher Seite bedeutet, daß, wenn sie ihren Standpunkt nicht verlassen würde, man ein Gegenorgan gründen würde; die Folgen würde sie sich dann selbst zuzuschreiben haben. Gleichzeitig würden dann die amtlichen Beziehungen zu dem Blatt gelöst werden. Verleger und Redacteur ließen sich durch eine solche Drohung nicht abhalten, ihre Pflicht als politische Männer zu erfüllen. Es wurde nun das der Fortschrittspartei angehörende „Posener Tageblatt“ von einem conservativen Consortium angekauft, das bis zum 1. November v. J. fortschrittliche Blatt wurde von diesem Tage an, mitten im Quartal, conservativ. An demselben Tage erließ der Regierungspräsident von Posen ein Rescript an die Landräthe, den Polizeipräsidenten, die Kreisbaubeamten und den Director der Strafanstalt in Rawicz, ihre amtlichen Publicationen dem „Posener Tageblatt“ zugehen zu lassen, dessen Abonnenten zur Zeit dieses Erlasses noch fortschrittlich waren, und ihre untergeordneten Organe ohne Ausnahme schleunigst mit der entsprechenden Anweisung zu versehen; die „Posener Zeitung“ solle fortan alle amtlichen Bekanntmachungen nur ausnahmsweise und so lange erhalten, bis eine angemessene Verbreitung des „Posener Tageblattes“ auch in weiteren Kreisen erreicht sei, was durch diese Bevorzugung wesentlich beschleunigt werden soll.

Die „Posener Zeitung“ wird die fraglichen Bekanntmachungen nach wie vor doch drucken. Einer Kritik bedarf diese Anweisung nicht. Selbst in den Zeiten des schwersten Conflictes ist niemals von Seiten der Regierungspräsidenten mit solcher Offenherzigkeit für conservative Blätter Propaganda gemacht worden. (Widerspruch im Centrum.) Ganz unerhörte Ueberschreitungen der amtlichen Befugnisse liegen hier vor. (Oho! im Centrum, Ruf: Nein!) Dieses Nein wird dem Lande klar machen, wohin es mit der Vertretung seiner Interessen gekommen ist, wenn es Männer in diesem Hause giebt, die ein solches Verfahren der amtlichen Autorität als Volksvertreter hier zu decken suchen. Ich weiß, daß der Minister des Innern, den ich persönlich davon in Kenntniß gesetzt habe, heute verhindert ist, hier zu erscheinen. Doch wird der Finanzminister, wenn er über die Sache noch nicht informirt ist, bei der dritten Lesung des Etats Auskunft über die Sache geben. Existirt wirklich ein Erlaß des Gesammtministeriums vom 5. Febr. 1875, wonach amtliche Publicationen Zeitungen von entschieden oppositioneller Richtung grundsätzlich nicht gewährt werden sollen? Für mich und die große Mehrheit des Hauses ist das ein Novum. Und womit wird dieser Erlaß begründet? Steht die Regierung nicht mehr auf dem Standpunkte der Indemnität? Haben amtliche Publicationen den Zweck, dem Publikum bekannt zu werden oder conservative Zeitungen in die Höhe zu bringen? Ist ferner diese Anweisung des Regierungspräsidenten in Posen eine Consequenz jenes Erlasses und handelte er wirklich im Auftrage und im Sinne der Staatsregierung? Ich bin noch im Besitz weiteren Materials, das beweist, daß leider in Posen und außerhalb Posens königliche Beamte seit Wochen diese Zeitung nach allen Richtungen hin verfolgen. Hat der Justizminister auch den Präsidenten des Oberlandesgerichts angewiesen, die unteren Gerichte aufzufordern, ihre Anzeigen jetzt im „Posener Tageblatt“ zu publiziren? Wie mir mitgetheilt wird, hat der Oberlandesgerichtspräsident in Posen in der That eine solche Aufforderung an die Gerichte der Provinz gerichtet.

Natürlich ist der preußische Richterstand unabhängig genug, und in seinem Recht, wenn er solche Zumuthungen von oben herab nicht berücksichtigt, und folgt einfach seiner amtlichen Gewissenspflicht. Ebenso haben die Landräthe zum Abonnement auf das Tageblatt, zur Zuwendung der amtlichen Inserate an dasselbe und zur Abbestellung der „Posener Zeitung“ aufgefordert. Was sind denn oppositionelle Zeitungen? War es die „Kreuzzeitung“ nicht, als sie die bekannten Artikel gegen Camphausen-Delbrück brachte, und sollten ihr nach dem Ministerialerlaß die amtlichen Anzeigen entzogen werden? Sind es Zeitungen, welche heute die wirthschaftliche Politik vertreten, der die äußerste Rechte und die „Kreuzzeitung“ ehemals zugethan war, als es noch ein Ehrenpunkt war, Freihändler zu sein? Heute ist das in den Augen des großen Publikums keine Ehre, aber ich werde jener Partei die Zeit nicht vergessen, wo sie die Courage hatte, den Redensarten von nationaler Politik und nationaler Arbeit ganz einfach die Kraft einer gewissenhaften Ueberzeugung entgegenzusetzen. Ob die „Germania“ heute noch oppositionell ist, wissen wir nicht, (Ruf im Centrum: Jawohl!) Die Regierung muß einen Index der Parteien und Blätter herausgeben, denen die amtlichen Publikationen entzogen werden. Die Freunde des Staatsbahnsystems sollten daran denken, in die Nr. 3 der Garantien einen Schutz dagegen aufzunehmen, daß die Anzeigen, betreffend den Abgang der Züge u. s. w., nicht blos den conservativen Zeitungen zugehen. Ich werde den Eisenbahnminister fragen, ob der Erlaß von 1875 so gemeint ist. Auf die Reichsbehörden findet er keine Anwendung) die Anordnungen des Reichskanzlers, namentlich so weit es die Bank, die Post, die Telegraphie angeht, finden sich in allen, auch in entschieden oppositionellen Blättern, was auch das einzig correcte ist. Erlasse, wie die hier in Rede stehenden, führen zum crassesten Parteiregiment, und die Herren rechts haben keine Garantie dafür, daß ihre Freunde fortwährend im Amt bleiben. Pflicht der Staatsregierung ist es, uns vor Vorgängen, wie die in Posen, zu bewahren. (Beifall links.)

Finanzminister Bitter: Im Namen des Staatsministeriums bin ich ohne Zustimmung der andern Minister nicht im Stande dem Vorredner präcis zu antworten. In der Frage, die Veranlassung zu den eben gehörten Bemerkungen gegeben hat, ist zunächst vom Oberpräsidenten Bericht erfordert worden; ob derselbe inzwischen eingegangen ist, ist mir nicht bekannt. Bei der dritten Lesung des Etats oder bei einer anderen angemessenen Gelegenheit werde ich im Stande sein, die bestimmteste Antwort zu geben. Ich bitte, daß das hohe Haus bis dahin alle Consequenzen, welche der Vorredner aus seinen Voraussetzungen gezogen hat, auf sich beruhen lasse; ich behalte der Staatsregierung die weitere bestimmte Erklärung vor.

Abg. v. Schorlemer-Alst: In der Provinz Westfalen sind die Maigesetze mit einer weit über die Nothwendigkeit hinausgehenden Schärfe gehandhabt worden und werden es zum Theil noch: Beweis das Verbot der Collecten für Krankenhäuser, die scharfen Maßregeln gegen die Barmherzigen Schwestern, Aufhebung der Klöster und schnelle Vertreibung der Mönche und Nonnen und die erfreulicher Weise erfolglosen Versuche der Regierung, das Eigenthum an den aufgehobenen kirchlichen Anstalten im Proceßwege sich anzueignen. Aber auch neuere Vorgänge sind anzuführen. Im Kreise Lippstadt im Regierungsbezirk Arnsberg wurden Capläne, die vor Erlaß der Maigesetze angestellt worden und deshalb vor Verfolgung ihrer Amtshandlungen sich geschützt glaubten, in Strafe genommen, weil sie in Gemeinden, die keine Seelsorger hatten und deren giebt es sehr viele, tauften und trauten. Man beklagt in allen Kreisen die Abnahme der Taufen und kirchlichen Trauungen, und hier macht man sie, ebenso wie die Spendung der letzten Oelung, unmöglich. Nun will aber weder der Landrath des Kreises Lippstadt noch der Regierungspräsident von Arnsberg ein Culturkämpfer sein. Es ist also leicht zu errathen, wo die Veranlassung zu so rigorosem Vorgehen liegt. Wir in Westfalen haben leider das Unglück, eine besonders große Anzahl verwaister Gemeinden zu haben, und wohin es mit Nothwendigkeit führt, wenn kein Gottesdienst stattfindet und eine Verwilderung der Gemüther einreißt, das hat die Erfahrung gelehrt: im Verhältniß zum Culturkampf ist auch die Socialdemokratie gewachsen, die eine gerechte Strafe ist für die durch den Culturkampf begangenen Sünden.

Möchte doch die Regierung den Beamten namentlich der niederen Kategorien die sehr verbreitete Meinung benehmen, als machten sie sich nach oben beliebt, sobald sie sich als wüthende Culturkämpfer zeigen! Die ganze seitherige Praxis hat diesen Glauben allerdings entstehen lassen; da ich aber nicht annehmen kann, daß das jetzt noch die Ansicht der Regierung ist, so wünschte ich in dieser Beziehung eine bestimmte Anweisung an die Beamten. Wenn wir uns in Westfalen ungeachtet des Culturkampfes eines religiösen Friedens unter den verschiedenen Confessionen erfreuen, so ist unsere Provinzialregierung bestimmt nicht schuld daran. So ist der Charakter der Akademie zu Münster als einer rein katholischen Anstalt von der Provinzialregierung nicht respectirt worden, sie hat evangelische und katholikenfeindliche Professoren angestellt, ein neues Gebäude mit großen Sälen für 300 Zuhörer und mehr ist gebaut, aber die Frequenz von 600 auf 245 Studirende gesunken. Auf dem Gebiete der Communalverwaltung hat sich die Wirksamkeit der Provinzialregierung als besonders ungünstig gezeigt. Ich erinnere nur an die Nichtbestätigung der gewählten und der Gemeinde genehmen Beamten und Ersetzung derselben durch culturkämpferische und mit den Verhältnissen in keiner Weise vertraute Beamte, wodurch das kommunale Wahlrecht nahezu illusorisch gemacht wird. Und doch ist keine Provinz leichter zu regieren als Westfalen. Allerdings hält der Westfale fest an seinen alten Rechten und ist mißtrauisch; aber mißtrauisch ist er gemacht worden; andererseits ist er friedliebend, für eine wohlwollende Behandlung sehr empfänglich und ein Feind aller Excesse. Das hat man in den schweren Zeiten des Culturkampfes gesehen und werden alle Beamten bestätigen. Trotz der Mißhandlung und provinziellen Mißregierung ist die Treue und Loyalität der Westfalen unerschütterlich, aber ich halte es für ein schweres Unrecht, daß man die treuen Herzen der Westfalen fortwährend verletzt und in ihren heiligsten Rechten kränkt.

Redner kommt nun auf die mit 9000 Mark aus dem Reptilienfonds subventionirte „Westfälische Provinzialzeitung“, welche unter 1000 Abonnenten hat und ohne die Subvention und den auch hier geübten Inseratenzwang wohl längst eingegangen wäre. Die Regierung mußte das Blatt selber gründen, denn wir in Westfalen haben Gott sei Dank kein Blatt, das sich kaufen läßt, wie das „Posener Tageblatt“, von dem uns Rickert erzählte. Als ich Letzteren seine Verwunderung aussprechen hörte, daß wir im Centrum über den gegen uns angewendeten Inseratenzwang nie Klage geführt, mußte ich mich fragen: war denn Herr Rickert während der letzten sechs Jahre im Hause nicht anwesend oder hat er vergessen, was verhandelt wurde? Ferner glaubte Herr Rickert constatiren zu müssen, daß auf der rechten Seite des Hauses Männer sitzen, die dem monströsen Ministerialbeschluß über die Anwendung der Inserate zunicken. Als unsere Rechte in Frage waren, da haben einzig und allein die Fortschrittler unseren Beschwerden zugestimmt. Der Fehler liegt daran, daß Herr Rickert und seine Freunde vergessen, daß sie nicht mehr die regierende und maßgebende Partei sind. Als sie das noch waren, haben sie debattelos Alles bewilligt und zu unseren Beschwerden kalt gelächelt. Nun geschieht ihnen ganz recht, sie erleiden die Strafe, die sie verdient haben. Redner bringt nunmehr einige drastische Fälle von Inseratenzwang zur Sprache, darunter den eines westfälischen Notars, der, entgegen einer Verordnung des Oberprocurators, eine amtliche Anzeige in demjenigen Blatte, von dem er sich eine Wirkung versprach, und nicht im Reptilienblatt veröffentlichte und dann vom Oberprocurator auf Grund einer deshalb eingeleiteten Untersuchung einen Verweis erhielt. „Herr Rickert, da haben Sie die Unabhängigkeit des Richterstandes, von der Sie gesprochen haben!“ Redner verliest nun mehrere Stellen aus der „Westfälischen Provinzialzeitung“, die mit der Polemik gegen die Ultramontanen zugleich eine solche gegen die Zoll- und Handelspolitik der Regierung verbinden, und frägt, was denn die Leser daraus entnehmen sollen. Etwa daß der Cultusminister mit dem Handels- und Finanzminister, oder die Letzteren mit der Bismarck'schen Zollpolitik nicht einverstanden sind? Wenn die Regierung wirklich die Pflicht verspürt, Licht und Aufklärung in die finstere Provinz Westfalen zu tragen, so mag sie doch lieber ein paar tausend Exemplare des „Berliner Tageblatt“ oder der „Berliner Zeitung“ kaufen und dort gratis vertheilen lassen. Die Artikel dieser Blätter haben jedenfalls noch den Vorzug, geschickter und amüsanter geschrieben zu sein, als die „Westfälische Provinzialzeitung“.

Der Finanzminister: Der Vorredner hat keine unmittelbare Antwort vorausgesetzt, ich bin auch nicht in der Lage, eine solche zu geben. Er erkennt ausdrücklich an, daß in neuerer Zeit eine mildere Praxis Platz gegriffen und Beschwerdefälle in der Centralinstanz befriedigende Erledigung gefunden haben. Was will er denn mehr? Die Worte Mißhandlung und provinzielle Mißregierung muß ich entschieden zurückweisen; gegen die erstere würde die Bevölkerung laute Klage geführt haben, die letztere wäre zu meiner Kenntniß gekommen und hätte sofortige Remedur hervorgerufen. Die Frage, ob die einzelnen Minister mit einander übereinstimmen, erledigt sich durch die bekannte Thatsache, daß wir ein homogenes Ministerium haben.

Abg. v. Minnigerode will auf die Frage Rickerts, wo die Courage der conservativen Partei geblieben sei, nicht in diesem Tone antworten, sondern nur wiederholen, was er schon öfter gesagt: Die Stellung seiner Partei ergebe sich einfach aus der Erkenntniß, daß man nicht auf Prinzipien herumreiten dürfe und einer Veränderung der wirthschaftlichen Lage auch durch Veränderung der wirthschaftlichen Gesetzgebung gerecht werden müsse.

Abg. Richter: Das Staatsministerium scheint die von Rickert vorgetragene Sache nicht so heiter anzusehen, wie die conservative Partei, und sie als zu principiellen Erwägungen Anlaß gebend zu betrachten. Das Centrum hat neulich, mit besonderer Bezugnahme auf die Ansicht des Herrn Minnigerode, dem nationalliberalen Archiv-Director eine Art von Verwarnung ertheilt und dabei Herrn von Minnigerode als leitenden Staatsmann dieses Hauses anerkannt; ich habe diese Verwarnung sachlich nicht für gerechtfertigt gehalten: hier aber liegen die Sachen so actenmäßig klar vor, daß ich Herrn von Minnigerode empfehlen möchte, den Regierungs-Präsidenten, Polizei-Präsidenten und Ober-Präsidenten wegen groben Mißbrauchs ihrer Amtsgewalt zu Parteizwecken nicht nur eine erste, sondern auch eine zweite Verwarnung zu ertheilen. (Heiterkeit.) Dann möchte ich dem Minister zur Prüfung und Aufklärung anheimgeben, ob die Gründung dieser conservativen Zeitung nicht mit Hilfe des Reptilienfonds stattgefunden hat. Das wird auch wohl in Insterburg der Fall sein, wo ein blutjunger Landrath sich für Gründung einer conservativen Zeitung interessirt. Denn wo ein Beamter sich für Gründung einer solchen Zeitung interessirt, ist der Reptilienfonds niemals weit. Die Geschichte mit der „Westfälischen Provinzial-Zeitung“ liegt genau so, wie mit dem „Posener Tageblatt“. Die Haltung dieser Blätter und namentlich die von Schorlemer in Bezug auf das erstere angeführten Artikel zeigen, wie überaus fein von hier aus die Sache geregelt wird, denn die Artikel werden hier geschrieben, und zwar mitunter nach Münster das Gegentheil von dem, was nach Posen geschrieben wird. Das ist allerdings nur das Abbild der Haltung unserer ganzen Regierung, die das eine Mal das Centrum heranzieht, um sich die neuen Steuern gegen die Nationalliberalen bewilligen zu lassen, das andere Mal die Nationalliberalen, um sich die Eisenbahnen gegen das Centrum bewilligen zu lassen, und vielleicht — ich wünsche nicht, daß wir es erleben — wird nächstens wieder das Centrum herangezogen, um die Verfassung des Reiches und dieses Hauses zn Gunsten einer Beschränkung des parlamentarischen Einflusses zu gewinnen. Nur wir sind von dem Speculationskreis ausgeschlossen. Das zeigt, wie fremd die Regierung dem Liberalismus als solchem gegenübersteht.

Den Justizminister, der auf die Rickert'sche Rede nicht geantwortet hat, möchte ich fragen, ob eine vor ein oder zwei Jahren vom Oberprocurator zu Elberfeld erlassene Verfügung wegen Nichtzuwendung von Inseraten an fortschrittliche und clericale Blätter noch in Kraft ist. Zu den Fällen, in denen die Inserate den Blättern vorenthalten werden, kommen solche, wo Privaten die Aufnahme von Inseraten in Kreisblättern verweigert wird. Der Landrath von Tilsit, Herr Schlenter, früher conservativer Abgeordneter, hat vor den jüngsten Wahlen die Aufnahme einer einfachen Ankündigung der Versammlung der Liberalen oder der Fortschrittspartei in Tilsit in das Kreisblatt verweigert. (Bewegung.) Dadurch scheidet das Kreisblatt, das vielfach namentlich auf dem Lande das einzige überhaupt erscheinende Blatt ist, als Publicationsmittel einfach aus; derselbe Fall hat im Untertaunuskreise mit Landrath Urban gespielt, und die Regierung hat auf erhobene Beschwerde dem Landrath Recht gegeben. Die von ihm gegebene, anscheinend recht unparteiisch klingende Entschuldigung, es sollen die Ankündigungen von Versammlungen aus dem Rahmen der Kreisblatt-Annoncen überhaupt ausscheiden, involvirt thatsächlich eine Beeinträchtigung des ganzen Versammlungswesens. Schwerer liegt der Fall in Osterode. Dort hat der Landrath von Brand die Aufnahme einer Anzeige über einen von mir zu haltenden Vortrag in das Kreisblatt verweigert, während in derselben Nummer, in der diese Annonce erscheinen sollte, eine Versammlung der Conservativen angekündigt war. Bei dieser Gelegenheit erfuhr ich auch, daß der Landrath von Brand sich dem „Osteroder Kreisblatt“ gegenüber die Entscheidung über die Aufnahme folgender Annoncen selbst vorbehalten hat: über die Ankündigung von Versammlungen, über die Aufforderung zur Auswanderung und über die Gesuche von Arbeitern. In letzter Beziehung ist folgender Fall vorgekommen: Für einen Marienwerder Deichbau wurden 300 Arbeiter verlangt mit einem Tagelohn von 15 bis 20 Sgr., ein für Osterode ungewöhnlich hoher Arbeitslohn. Der Landrath verbot aber die Publication, weil dadurch das Tagelohn in Osterode höher gehen und die-

Großgrundbesitzer in Folge der Concurrenz auch höheren Lohn zahlen müßten. Das ist eine Regulirung des Arbeitsmarktes ganz im Sinne der Socialisten, nur zu Gunsten der Arbeitgeber.

Abg. **Windthorst**: Man hätte diese Debatte bis zur Anwesenheit des Ministers des Innern aufsparen sollen; denn wenn der Finanzminister auch im Etat die Oberpräsidien in seinem Ressort habe, so habe er ihre Thätigkeit nicht hauptsächlich ins Auge zu fassen. Das von Rickert Vorgetragene sei gar nichts Unerhörtes, Redner und seine Parteigenossen hätten schon seit Jahren ähnliche Klagen geführt, ohne von den Nationalliberalen dabei unterstützt zu werden. Wenn es auch etwas alttestamentarische Theorie sei, so habe Schorlemer doch mit Recht gemeint, die Nationalliberalen erleiden nur, was sie verdienen. (Zuruf: Das ist christliche Liebe!) Die christliche Liebe der Nationalliberalen habe das Centrum im Culturkampf kennen gelernt, daß die alten Heiden sich wundern müßten, daß im 19. Jahrhundert Derartiges möglich sei. Aber trotz des früheren Schweigens der Nationalliberalen werde das Centrum ihnen doch zur Seite stehen, ohne Reciprocität zu fordern. Das Inseratenwesen müßte generell dahin geregelt werden, daß keine politische Zeitung Inserate und kein Inseratenblatt politischen Text bringen dürfe; denn die Zeitungen nähmen stets Rücksicht auf ihre Inseratenleser und nur daher käme die destructive Richtung des „Berliner Tageblatts", der „Kölnischen Zeitung" u. s. w. Die Centralstelle müßte den Beamten Kenntniß geben, in welcher Richtung sie die Geschäfte geführt zu sehen wünsche, dann käme Einheit in die Action und solche Beschwerden über einzelne Mißgriffe würden vermieden. Allerdings hätte die Fortschrittspartei das Centrum im Culturkampf bei manchen Beschwerden unterstützt, aber nur, wo es auch für ihre Interessen paßte; sonst hätte man von der Unterstützung nichts gemerkt, obgleich man sie doch von Männern, welche vorgeben die Freiheit katexochen zu vertreten, erwarten müsse. (Abgeordneter Virchow: Gerade den Collegen Virchow betreffe diese Mahnung (Heiterkeit). Wenn der Abg. Rickert wünsche, daß auch das Inseratenwesen der Eisenbahnen geregelt werden müsse, so hätte er diese Belehrung doch den Vätern der sogenannten Eisenbahngarantien, die ja in seiner Fraction sitzen, ertheilen sollen.

Abg. **Rickert**: Der Abg. v. Minnigerode hat von der wenig beneidenswerthen Lage des linken Flügels der nationalliberalen Partei gesprochen und schien die Meinung zu hegen, daß ich zu diesem linken Flügel gehöre; ich will darauf nicht antworten; ich bemerke nur, daß mir in seiner Partei die grundsätzlichen Verschiedenheiten noch weit bedeutender zu sein scheinen. Wahrscheinlich hat er seine Kenntniß aus Zeitungen, die ja eben so, wie das Centrum, mit Vorliebe Alles verfolgen, was die Nationalliberalen angeht. (Widerspruch im Centrum.) Wir freuen uns dieser zarten Aufmerksamkeit, wenn sie uns nur gestatten, nach unserem Willen und unserer Neigung zu handeln. Warum bezeichnete der Abg. v. Minnigerode meine Politik im Reichstage als die Politik der Seestädte? Weiß er denn nicht, daß 1870 die Conservativen es sich zur Ehre rechneten, Freihändler zu sein? (Zuruf: 1880.) Muß man denn in 10 Jahren seine wirthschaftlichen Grundsätze ändern? Noch 1877 saß der Centrumsmann von Frankenstein im Vorstand der Freihandelsvereinigung, eben so die Conservativen Flügge, v. Maltzahn und v. Wedell-Malchow. Sind das Vertreter der Seestädte? Wir vertreten die Interessen der Consumenten, welche die Mehrheit des Volkes bilden; es wird sich zeigen, wohin Sie (rechts) mit der Vertretung specieller Interessen kommen. Das eigentliche Thema der Verhandlung hat der Abg. v. Minnigerode nicht berührt, und wenn Stillschweigen Zustimmung ist, so konnte ich die Consequenzen daraus ziehen, die ich vorhin daraus gezogen habe. Ich weiß, daß sich das Centrum über jedes Ungemach, das uns widerfährt, freut; ich will nicht untersuchen, wie weit das mit der Politik einer Partei der Wahrheit, Freiheit des Rechts, der Humanität und Liebe übereinstimmt.

Wir werden trotz aller pikanten Sticheleien die Interessen des Landes, wie wir sie verstehen, vertreten. Man sagt nun, wir hätten früher nichts gethan; sollten wir denn den Etat deshalb verwerfen? Lag denn jemals ein Antrag vor? Bei einer darauf bezüglichen Interpellation des Abg. Schröder (Lippstadt) sprach sich der fortschrittliche Abg. Windthorst (Bielefeld) gegen den Interpellanten aus, also ist die Hilfe der Fortschrittspartei auch nicht immer am Platze gewesen. Ich werde die stenographischen Berichte nachlesen, um zu sehen, ob denn niemals von uns gesprochen ist. (Niemals! im Centrum.) Einen Fall habe ich schon entdeckt; der Abg. Jung hat das Verhalten der Regierung entschieden gemißbilligt (Abg. Bachem: Entschieden?!) Natürlich, was wir thun, ist niemals entschieden! Entschieden handelt ja nur das Centrum. Den Abg. v. Minnigerode kann ich beruhigen; ich habe nicht blos im Namen des linken Flügels gesprochen, sondern im Einverständniß mit sämmtlichen Parteigenossen, die in der Fractionssitzung anwesend waren, als ich die Sache vortrug. Wir haben uns gegen ein solches Parteitreiben der Regierungsbehörden erklärt und werden es künftig auch thun.

Abg. v. **Tiedemann** bemerkt dem Abg. Richter gegenüber, daß die Gründung des „Posener Tagesblattes" lediglich, soweit ihm bekannt sei, aus Zeichnungen von Parteigenossen hervorgegangen sei. Danach könne man den Werth der Bemerkungen des Abg. Richter bemessen.

Abg. v. **Schorlemer-Alst**: Jedenfalls hat der Freiherr v. Frankenstein in der Freihandelsvereinigung das Schädliche des Freihandels erkannt und sich bekehrt. (Heiterkeit.) Wenn der Abg. Rickert meinte, man konnte doch den Etat nicht ablehnen; aber wer hat denn die geheimen Fonds bewilligt als gerade die Nationalliberalen? Wenn der Abg. Rickert die stenographischen Berichte nachliest, wird er eine wunderbare Collection von Inconsequenzen der Nationalliberalen sammeln. Wenn Richter meinte, wir seien ein Speculationsobject für den Reichskanzler, so bemerke ich, die Zoll- und Handelspolitik, welche der Reichskanzler jetzt verfolgt, haben wir stets verfolgt. Die Partei des Abg. Richter ist freilich kein Speculationsobject, sie ist zu klein dazu.

Abg. **Bachem** führt aus den stenographischen Berichten von 1875—79 die Fälle auf, in denen das Centrum ähnliche Beschwerden wie heute vorgetragen habe, ohne daß die Nationalliberalen sich darüber geäußert hätten; je mehr man zurückgehe, desto kühler verhielten sie sich, in der letzten Zeii seien sie etwas empfindlicher geworden, weil sie selbst empfunden hätten, wie eine solche Behandlung thue.

Persönlich bemerkt **Richter**: Der Abg. v. Tiedemann habe die Glaubwürdigkeit seiner Angaben in Betreff der Betheiligung des Reptilienfonds bei dem Ankauf des „Posener Tageblatts" bemängelt. Er habe überhaupt keine Behauptungen aufgestellt, die er zu beweisen hat, sondern er habe nur eine Frage an den Minister gerichtet.

v. **Tiedemann** entgegnet, daß er als Mitbegründer dieser jetzt conservativen Zeitung von einer Subvention aus dem Reptilienfonds etwas wissen müsse, daß dies aber nicht der Fall sei.

Zu Tit. 8 beantragt die Budgetcommission die Summe zur Remuneration außeretatsmäßiger Mitglieder der Regierungen von 577,500 auf 550,000 Mark zu ermäßigen.

Abg. **Rickert** bezeichnet diesen beantragten Abstrich als ein Minimum. Man habe nach Einführung der Selbstverwaltung Verminderung der Beamtengehälter versprochen, diese Aussicht werde aber auch nach den neu vorgelegten Organisationsgesetzen immer geringer.

Regierungscommissar Geh. Rath **Haase** widerspricht dem Commissionsantrage nicht, bittet aber keinesfalls weiter zu gehen, da jetzt Dank des Gesetzes betreffend die Vorbereitung für den höheren Verwaltungsdienst der früher so schmerzlich entbehrte Nachwuchs an jüngeren Vewaltungsbeamten sich vermehre.

Auf demselben Standpunkt steht der Abg. v. **Minnigerode**, worauf der Commissionsantrag **angenommen** wird.

Zu Tit. 12 (Dispositionsfonds der Oberpräsidenten 39,000 M.) weist Abg. **Lieber** den Angriff Richters gegen den Landrath des Untertaunuskreises Urban als unbegründet zurück. Derselbe habe consequenter und löblicher Weise alle Parteien gleichmäßig von der Benutzung des amtlichen Kreisblattes ausgeschlossen. Daß aber die Amtsblätter sich mit keinerlei Parteipolemik befassen sollten, sei eine alte Forderung. Die nassauischen Fortschrittsbauern läsen auch weit mehr die Correspondenzen Richters in der „Nassauischen Volkszeitung" als das Amtsblatt.

Abg. **Richter** entgegnet, daß er seine Angaben der „Germania" entnommen habe. Es handle sich hier nicht um eine Parteipolemik, sondern um die principielle Frage, ob der Landrath das Recht habe, eine einfache Ankündigung im Inseratentheil des Amtsblattes zu verbieten.

Abg. **Lieber** weist darauf hin, daß in seiner Heimath die Gewohnheit herrsche, polemische Artikel als Inserate zu veröffentlichen. In dieser Hinsicht sei das Verfahren des Landrathes consequent und correct, worauf **Richter** bemerkt, daß es sich hier nicht um ein polemisches Inserat, sondern um die einfache Annonce einer Wahlversammlung gehandelt habe. Die Beschwerde über dieses Verfahren sei aus dem Kreise selbst hervorgegangen.

Der Titel wird **bewilligt**.

Zu Capitel 60 Tit. 1 (Zuschuß zur allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt in Berlin 1,746,480 Mark) beklagt v. **Minnigerode** die Härten, welche nach den jetzigen Bestimmungen diejenigen Beamtenwitten treffen, deren Männer vor Ablauf des dritten Jahres nach dem Eintritt in die Kasse sterben, er sieht aber in Rücksicht auf die Finanzlage und die demnächstige Regelung der Materie im Reich von der Stellung eines Antrages ab.

Abg. **Windthorst** wünscht die schon vom früheren Finanzminister Camphausen versprochene Ermittelung, ob nach den bedeutenden Ueberschüssen der in Rede stehenden Anstalt die Bezüge der Interessenten vermehrt werden können, fortgesetzt zu sehen. Der Finanzminister sagt die Erfüllung dieses Wunsches zu.

Abg. **Schmidt** (Stettin) ersucht von Minnigerode, daß er die Regelung des Beamtenpensionswesens im Reich im Reichstage urgiren möge, wie es bisher alljährlich v. Bernuth gethan habe, worauf der Abg. v. Minnigerode sich dazu bereit erklärt.

Abg. **Windthorst** wünscht bei einer allgemeinen Revision dieser Materie eine genaue Untersuchung darüber, ob nicht für die Subalternen eine ausgiebigere Wittwenversorgung geschaffen werden kann.

Die Position wird **bewilligt**.

Bei Capitel 63 Titel 4 (Haupt-Extraordinarium für unvorhergesehene Ausgaben (1,200,000 M.) beantragt die Budget-Commission eine Streichung von 200,000 M., weil, wie der Referent **Stengel** ausführt, die geforderte Summe in den letzten Jahren bei weitem nicht verbraucht sei.

Abg. v. **Wedell-Malchow** sieht keinen Grund, wegen einer nur nominellen Ersparniß diese historisch festgesetzte Summe zu vermindern. Daß dieser Fonds in den letzten Jahren bei weitem nicht verbraucht worden ist, das ist ein günstiges Zeugniß für die Finanzverwaltung. In diesem Jahre ist er aber für Oberschlesien vollständig verbraucht worden. Durch Abstriche an dieser Stelle wird man um die Etatsüberschreitungen und die außeretatsmäßigen Ausgaben vermehren, denen man in aller Weise und auch durch eine verminderte Specialisirung des Etats entgegentreten muß, weil dann eher eine Ausgleichung der Minderausgaben und Mehrausgaben der einzelnen kleinen Verwaltungszweige erfolgen kann.

Abg. **Rickert** erkennt dieser Position keinerlei politische Bedeutung zu. Die Budgetcommission sei nur der Aufforderung des Plenums nachgekommen, möglichst sparsam zu sein. Es handle sich hier um keine Cardinalfrage. Würde die Regierung durch Thatsachen beweisen, daß sie im Gegensatz zu den Vorjahren in dem nächsten Jahre diesen Fonds aufbrauchen werde, dann könne man auch noch die 200,000 Mk. bewilligen. Dieser Beweis sei aber nicht erbracht. Reiche er nicht aus, dann werde der Finanzminister nach pflichtgemäßem Ermessen eine außeretatsmäßige Ausgabe machen müssen. Wir wollten auch durch den Abstrich den Minister auffordern, gewisse auf diesem Fonds jährlich lastende Ausgaben, wie die Repräsentationskosten der Ober-Präsidenten bei den Provinziallandtagen, zu etatisiren.

Finanzminister **Bitter**: Dieser Fonds ist zu Ausgaben, die durch unvorhergesehene elementare Ereignisse verursacht werden, hauptsächlich bestimmt. Im Gegensatz zu den Vorjahren hätten wir in diesem Jahre ohne diesen Fonds in seiner jetzigen Größe den bereits seit 4 bis 5 Monaten andauernden Nothstand in Oberschlesien nicht in der Weise, wie es erforderlich war und geschehen ist, bekämpfen können. Ich halte es nicht für wünschenswerth und zuträglich, die Finanzverwaltung von vornherein auf Etatsüberschreitungen anzuweisen, die allerdings nach Annahme des Commissionsantrages nicht zu vermeiden sein werden. Denn nach amtlichen Meldungen sind auch Nothstände im nächsten Jahre in den Provinzen Westfalen und Rheinland, Hannover und Sachsen zu befürchten.

Abg. **Virchow** bemerkt, daß nicht alle durch elementare Ereignisse verursachten Ausgaben aus diesem Fonds bestritten werden. Die Kosten zur Bekämpfung des Coloradokäfers hätten vielmehr zu einer Etatsüberschreitung im Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums geführt. Bei unserer jetzigen Finanzwirthschaft, die extraordinären Ausgaben durch Anleihen zu decken, sei diese Position überhaupt nicht mehr nöthig.

Referent **Stengel** bemerkt, daß Preußen hoffentlich zu der solideren Finanzwirthschaft ohne Deficits zurückkehren werde. Das Verlangen Rickert's, die Nothwendigkeit **unvorhergesehener** Ausgaben in einer bestimmten Höhe durch Thatsachen im Voraus zu beweisen, sei sehr merkwürdig.

Abg. **Rickert** bemerkt, daß der Referent nicht den Standpunkt der Majorität der Commission vertreten habe.

Der Commissionsantrag wird darauf **angenommen**, und damit ist der Etat des Finanzministeriums erledigt.

Es folgt der **Justizetat**. Bei den Einnahmen spricht der Abg. **Köhler** den Wunsch aus, daß bei allen Gerichten den Gerichtsschreibern Vorschüsse zur Auszahlung der Zeugengebühren überwiesen werden.

Regierungscommissar **Rindfleisch** erklärt, daß bereits durch Verfügung vom 22. Februar v. J. die Bezirksregierungen angewiesen seien, solche Vorschüsse überall, wo die Steuerkasse sich nicht in unmittelbarer Nähe des Gerichts oder im Gerichtsgebäude selbst befinde, den Gerichtsschreibern zu überweisen, auch würden diese angewiesen, aus ihren Einnahmen zunächst die Zeugengebühren zu decken.

Die Abgg. **Windthorst** und **Köhler** finden dies nicht genügend, weil die Amtsstunden in den Steuerkassen nicht conform denen der Gerichte sind. Sie wollen, daß ohne Ausnahme die Gerichtsschreiber zur Verauslagung der Gebühren angewiesen werden. Abg. **Köhler** rügt ferner, daß den Gerichtsschreibern durch die täglichen Kassenabschlüsse und Ablieferungen zu viel Portokosten erwachsen.

Regierungscommissar **Rindfleisch**: Die Regierung wird allen hervortretenden Uebelständen soviel wie möglich abhelfen; wir befinden uns in den ersten, wenn auch nicht gerade Flitterwochen, einer Einrichtung, die wir erst probiren müssen.

Zum Titel 1 der Ausgbe (der Minister) beschwert sich der Abg. **Majunke** darüber, daß der Oberlandesgerichtspräsident in Hamm als Publikationsorgane der Gerichte 9 Zeitungen durch Bekanntmachung bestimmt, von denen nicht eine der Richtung des Centrums angehörte, obwohl einige Blätter des Centrums in den Kreisen Dortmund, Hamm und Soest einen bei weitem größern Leserkreis hätten, als jene Blätter.

Reg.-Comm. **Rindfleisch**: Dieser Beschluß des Oberlandesgerichtspräsidenten ist dem Ministerium bisher amtlich nicht bekannt geworden. Die Gerichte sind übrigens in der Wahl ihrer Publikationsorgane selbstständiger als die Verwaltungsbehörden; die Controle der Justizverwaltung ist hier nur sehr beschränkt. Ich muß übrigens voraussetzen, daß der Oberlandesgerichtspräsident in Hamm seine Entscheidung aus objectiven Gründen nach den ihm vorgetragenen Thatsachen gefällt hat.

Abg. **Reichensperger** meint, der Regierungs-Commissar hätte das Verfahren des Präsidenten für den Fall, daß es den Ausführungen Majunkes entspreche, entschieden mißbilligen sollen. Redner beklagt sodann verschiedene durch die neue Justizorganisation herbeigeführte Uebelstände. Ersparnisse seien nicht eingetreten, dazu kämen 27 Millionen für Bauten. In dem Verhältniß der Richtergehälter herrschten große Anomalien; so habe z. B. der Vorsitzende oft weniger Gehalt wie Mitglieder des Collegiums. Dem solle die Regierung durch Versetzungen möglichst abhelfen. Das Schreibewerk bei den Gerichten habe sich enorm vermehrt; zugleich sei ein Formularwesen eingeführt, das einen verderblichen Schematismus einführe. Desgleichen seien die Kosten so enorm, daß der mittlere Mann, der nicht das Armenrecht genieße, seine Rechte kaum verfolgen könne. Diese Uebelstände solle die Regierung ins Auge fassen und allmälig abzustellen suchen.

Commissar **Rindfleisch**: Die gerügten Fehler liegen nicht in der Organisation, sondern in der Reichsgesetzgebung. Der Vorredner war früher nicht für Ersparnisse bei Justizbauten, deren Mangelhaftigkeit sonst immer anerkannt wurde (sehr richtig! links). Die angebliche Ungleichheit in den Gehältern desselben Collegiums ist die vorausgesehene und geplante Folge des ganz richtigen Grundsatzes, daß der Richter erster Instanz im Gehalt so gestellt sein soll, daß er nicht mit Sehnsucht darauf zu warten hat, bis er einmal in eine höhere Stelle hineinschlüpft. Durch Versetzungen ist daran übrigens nichts zu ändern. Die Vermehrung des Schreibwesens liegt an den reichsgesetzlichen Bestimmungen; das Formularwesen aber gerade gereicht hier der Regierung zum größten Verdienst; dadurch ist vielen aus der Unkenntniß des Publikums über die neuen Gesetze zu fürchtenden Uebelständen vorgebeugt, und wenn wir den Richter zwingen wollten, ohne Formulare zu verhandeln, so würden wir mit den vorhandenen Kräften gar nicht ausreichen. Ob billige Proceßkosten ein Segen sind, ist noch eine offene Frage; aber diese Frage ist nur am andern Ende der Leipzigerstraße zu erledigen.

Abg. **Windthorst** kommt auf die Frage der Inserate zurück und glaubt annehmen zu dürfen, daß die gerügte Verfügung auf einem ministeriellen Erlasse beruhe. Klagen über die neue Justiz seien auch in Hannover mannigfach vorgekommen, aber darüber sei man schon bei der Berathung der Justizgesetze klar gewesen; im Interesse der Einigkeit müsse man die Unbequemlichkeiten in Kauf nehmen. Erst müsse man eine Probezeit ablaufen lassen, der Geist der neuen Gesetze müsse erst hervortreten, dann würden sie allseitigen Beifall finden. Redner spricht den Wunsch aus, daß die Justizverwaltung genaue Beobachtungen anstellen möge, ob die Gebühren nicht etwa zu hoch fixirt seien. Auch die Frage sei in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Härten, welche besonders die Unterbeamten getroffen hätten, einigermaßen gemildert werden könnten; besonders sollte man den durch die Neuorganisation brotlos werdenden Beamten andere Stellungen verschaffen.

Justizminister **Friedberg**: Bei der neuen Justizgesetzgebung mußte darauf Bedacht genommen werden, die Gebühren nicht so niedrig zu bemessen, daß ein Ausfall der Finanzen entstand; denn auf eine spätere Erhöhung derselben würde sich der Reichstag wohl nicht einlassen. Schon bei meinem Amtsantritt habe ich angeordnet, die Wirkung der neuen Gebührensätze gegenüber den alten genau zu beobachten. Sollten sie sich als zu hoch herausstellen, so wird der Reichstag zu einer Herabsetzung gern die Hand bieten. Eigentliche Beschwerden von den Gerichten sind mir noch nicht zugegangen, aber in der Presse sind mehrfache Klagen laut geworden: man bezeichnet die Gebührenordnung als das beste Gesetz, weil es alle Prozesse unmöglich mache. Was die Unterbringung der stellenlos gewordenen Justizbeamten angeht, so ist an alle anderen Ressorts die Bitte gerichtet worden, diese Beamten in erster Linie zu berücksichtigen, und allseitig ist man uns entgegengekommen.

Abg. v. **Zastrow** spricht zunächst seine Verwunderung darüber aus, daß gerade rheinische und hannoversche Juristen zuerst klagen, während man Deutschland gerade mit rheinischen und hannoverschen Institutionen beglückt habe. (Heiterkeit.) Eine ministerielle Verfügung in Betreff der Annoncen sei an die Gerichte nicht erlassen, dieselben hätten selbstständig beschlossen.

Um 5 Uhr vertagt sich das Haus bis Montag 11 Uhr. (Nothstandsgesetz und kleinere Vorlagen.

Berlin, 10. Januar. [**Amtliches.**] Se. Majestät der König hat dem Ober-Steuer-Inspector, Steuer-Rath **Lange** zu Poln.-Lissa, den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Cantor und Musikdirector **Seiffert** an der Landesschule Pforta im Kreise Naumburg a. S. den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem herrschaftlichen Waldwärter **Bernhardt** zu Rödinghausen im Kreise Iserlohn das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat dem ersten Buchhalter der Legationskasse **von Krüger** den Charakter als Rechnungsrath, sowie dem Geheimen Kanzlei-Sekretär **von Normann** den Charakter als Kanzlei-Rath beigelegt.

Se. Majestät der König hat dem Kanzlisten bei dem Provinzial-Schulcollegium zu Breslau, Kanzlei-Secretär **Döring**, bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Der Apotheker Dr. phil. **Rudolph Bender** zu Koblenz ist zum pharmazeutischen Assessor bei dem Medicinal-Collegium der Rheinprovinz und der seitherige Kreis-Wundarzt Dr. **Steimann** zu Lippstadt zum Kreisphysikus des Kreises Warendorf ernannt worden. — Versetzt sind: der Amtsrichter **Jäckel** in Peiskretscham an das Amtsgericht in Trebnitz und der Amtsrichter Dr. **Rose** in Peitz an das Amtsgericht in Lübben. Der Gerichts-Assessor **Gerstenberg** ist zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Bärwald i. P. ernannt.

Berlin, 10. Jan. [**Se. Majestät der Kaiser und König**] begab Sich gestern früh 8 Uhr mittelst Extrazuges des Berlin-Lehrter Eisenbahn nach Jävenitz und von dort zu Wagen nach den Siebenhügeln der Oberförsterei Letzlingen, wo eine Jagd auf Dammwild abgehalten wurde. Abends um 6 Uhr traf Se. Majestät wieder in Berlin ein. Heute Vormittag nahm Se. Majestät die Meldung des aus Hannover mit Urlaub hier eingetroffenen Chefs des Generalstabes des X. Armee-Corps, General-Majors Grafen Waldersee, entgegen, hörte den Vortrag des Militär-Cabinets und empfing den Kaiserlich russischen Botschafter von Oubril in Privat-Audienz. Nachmittags um 2 Uhr überreichte der Landrath von Hagen die Orden seines verstorbenen Schwiegervaters, des Landschafts-Directors von Hagen-Premslaff. Demnächst empfing Se. Majestät den Kammerherrn von Heyden-Leistenow.

[**Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz**] empfing vorgestern Vormittag um 10 Uhr den Staats-Minister Maybach und begab Sich um 1 Uhr nach Potsdam. Nach der Rückkehr ertheilte Derselbe um 4¾ Uhr dem Director des „Vulkan", Herrn Stahl aus Stettin, eine Audienz. Gestern begleitete der Kronprinz den Kaiser zur Jagd nach Letzlingen. (R.-Anz.)

= **Berlin**, 11. Jan. [**Die Verwaltungsgesetze und die nationalliberale Partei. — Schanksteuergesetz.**] Die nationalliberale Fraction des Abgeordnetenhauses war heute Vormittag über die Verwaltungsgesetze in Berathung getreten, ohne bislang Entschlüsse gefaßt zu haben. Aus den mehr als dreistündigen Debatten ging hervor, daß die Fraction durchaus entgegenkommend zu den Gesetzen steht und ihrerseits trotz mancher zu beantragenden Verbesserung nichts verabsäumen werde, für das Zustandekommen der Gesetze einzutreten. — Der Bericht der Special-Commission für das Schanksteuergesetz wird morgen zur Vertheilung kommen. Die Commission beantragt die Annahme eines von ihr sehr wesentlich modificirten Entwurfes, welcher die Steuer zunächst nur auf den Kleinhandel von Spiritus oder Branntwein beschränkt und die Sätze wesentlich modificirt, obschon die Regierung in der Commission lebhaft für die Ausdehnung des Entwurfes auf Bier und Wein eingetreten war. Die Gegner der Vorlage bestritten die Bedürfnißfrage. Ueberdies gestatte schon die bestehende Gewerbe-Ordnung, gegen Schankwirthe, wenn sie den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprächen, vorzugehen und ihnen den Betrieb zu entziehen, und durch das neue Reichsgesetz vom 23. Juli 1879, welches die Zulassung auch des Gastwirthschafts-Betriebes von dem Vorhandensein eines Bedürfnisses abhängig mache, sei den Behörden in ausreichendem Maße die Macht gegeben, die Zunahme von Vertriebsstätten für geistige Getränke einzuschränken. Es sei daher dieser Gesetzentwurf auch jedenfalls verfrüht, denn es müsse doch vorerst die Wirkung der Reichsgesetz-Novelle abgewartet werden, ehe die Gesetzgebung zu neuen Mitteln zur Beschränkung des in Rede stehenden Gewerbes greife. Sodann entspräche die intendirte Belastung dieser einen Klasse von Gewerbtreibenden auch nicht der Gerechtigkeit. Es werde ferner das vorliegende Gesetz den angestrebten Zweck einer Einschränkung des Betriebes 2c. doch nicht erreichen; der hauptsächliche Druck der neuen Steuer werde gerade auf die besseren und in keiner Weise schädlichen Betriebe fallen. Endlich aber, was den finanziellen Zweck anlange, so würde den Communen durch die in Aussicht gestellte Einnahme auch gar nicht einmal eine irgendwie fühlbare Erleichterung gewährt werden, weil dadurch andere Kategorien von Gemeindeangehörigen weniger leistungsfähig würden. Von den Regierungscommissaren Geh. Rath Herrfurth und Dillenburger wurde in dieser Beziehung geltend gemacht: zuvörderst was die Berufung auf die Novelle zum Gewerbegesetz vom Sommer v. J. betreffe, daß von dieser ein den Zielen der Staatsregierung entsprechender Erfolg nicht erwartet werden könne. Abgesehen nämlich davon, daß die Novelle zunächst nur einer Vermehrung der bestehenden Schankstätten entgegenstehe, nicht aber deren erforderliche Verminderung herbeiführen könne, gewinne es nach allen gemachten Erfahrungen den Anschein, als ob ein sehr erheblicher Theil der größeren Städte von der ihnen darin gewährten Befugniß zur Versagung der Concessionsertheilung keinen Gebrauch zu machen beabsichtige. Außerdem aber werde bei diesem Einwande übersehen, daß von einer Aenderung in den Vorschriften über Concessionirung nur das Erreichen des einen Zweckes des Entwurfs: der Verminderung der Schankstätten, nicht aber die Erfüllung des anderen, nicht minder wichtigen: die Eröffnung einer neuen Steuerquelle für die Gemeinden, erwartet werden könne . . . Die Unterdrückung solider und vorwurfsfrei geführter Geschäfte dieses Betriebes liege der Absicht des Entwurfs vollkommen fern. Die dadurch verminderte Concurrenz werde dem ohnehin steuerkräftigen Gewerbebetriebe die Möglichkeit gewähren, ohne wirklichen, seine Existenz oder sein Gedeihen gefährdenden Druck die von ihm geforderten erhöhten Lasten zu tragen. Die finanzielle Bedeutung des Gesetzentwurfs für die Gemeinden ergebe sich des Näheren aus folgendem Umstande. Erstens, der Steuerertrag werde selbst größeren Städten eine Einnahme gewähren, welche in den weitaus meisten Fällen den

Betrag der Ausgaben derselben für allgemeine Staatszwecke erheblich, z. B. in Berlin um 673,456 Mark übersteigen würde. Zweitens, die Gemeinden und die Kreise würden in den Stand gesetzt werden, die Communal-Abgaben erheblich herabzusetzen z. B. in Berlin, unter der Voraussetzung von 100 pCt. Zuschlägen zur Klassen- und Einkommensteuer um 14,7 pCt. derselben, oder mehr als 1¾ Monatsrate, in Bielefeld und Minden um den gleichen Procentsatz der Gemeindeeinkommensteuer bezw. der Zuschläge zu den genannten Staatssteuern; in der Stadt Kolmar in Posen um 3¾ Monatsraten der Gemeindeeinkommensteuer, in den zur 4. Gewerbeabtheilung gehörenden Gemeinden der Kreise Kolmar, in Posen und Herford um 4 Monatsraten der Communalbeiträge.

[Die Bewegung gegen das Civilstandsgesetz.] Die „N. L. C." schreibt: Nach dem Erfolge, welchen der clerical-reactionäre Ansturm in der Elbinger Angelegenheit davongetragen, kann es nicht Wunder nehmen, daß derselbe auch für die Reichstagssession seine Vorbereitungen trifft. Der Punkt, an welchem eingesetzt werden soll, ist bekanntlich das Civilstandsgesetz. In der vorigen Session bereits lag eine Anzahl von Petitionen gegen dies Gesetz vor; wie man hört, treffen dieselben jetzt auf dem Bureau des Reichstags wieder ein. Die 30,000 Unterschriften, welche die vorjährigen Eingaben bedeckten, waren in der Provinz Sachsen, in einem Theile der Provinz Brandenburg und im Regierungs-Bezirk Minden gesammelt worden. Heute wird die Agitation unzweifelhaft in weit größerem Maßstabe betrieben; namentlich wird der energische Verfechter der vorjährigen Petitonen, Herr von Kleist-Retzow dafür Sorge tragen, daß die Bewegung auch in seiner pommerschen Heimath eine möglichst geräuschvolle Unterstützung findet. Der Angriff wird diesmal ohne Zweifel ungleich heftiger sein, als im vorigen Jahre. Das ist vorherzusehen, und es rächt sich jetzt, daß man damals die Angelegenheit nicht sofort zum Austrag brachte. Wie man sich erinnert, hatte die Petitionscommission Uebergang zur Tagesordnung über die Petitionen beantragt. Die unmittelbar vor Beginn der Osterferien aber begonnene Plenarberathung wurde abgebrochen und nachher nicht wieder aufgenommen. Wohl fehlte es auf liberaler Seite nicht an Stimmen, die da mahnten, man solle die Bewegung gegen die Civilehe durch einen klaren Beschluß des Reichstags gleich im Keime ersticken; aber die große Mehrheit hatte nur Auge und Ohr für die Zollfragen; selbst in Kreisen, welche die Civilehe energisch zu vertheidigen entschlossen sind, sah man nicht die wachsende Gefahr, vielleicht auch wollte man sie nicht sehen. Genug, man ließ die Sache unentschieden — zur großen Freude der Befürworter der Petitionen; denn mit nur zu gutem Grunde sahen diese voraus, wie weit günstiger ihre Position ein Jahr später sein würde. In der That ist heute einer der Ihrigen Cultusminister von Preußen, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Herr v. Puttkamer seinen ganzen Einfluß anwenden wird, um der Bewegung gegen das Civilehegesetz den Erfolg zu verschaffen, welchen der am 14. Mai v. J. von ihm mitunterzeichnete Antrag der Deutsch-conservativen ins Auge faßte. Es kann demnach nahezu mit Sicherheit erwartet werden, daß der bevorstehende Reichstag eine Entscheidung über Sein oder Nichtsein der Civilehe zu treffen haben wird. Und so ist es Zeit, daß die öffentliche Meinung zu dieser wahrlich nicht geringfügigen Frage Stellung nimmt. — Jahrzehnte lang ist in der deutschen Presse über die Civilehe gestritten worden; seit dem Jahre 1876 konnte man dies Thema für endgiltig abgethan halten. Eine ganz neue Discussion aber ist es, die sich heute erhebt. Nicht um die theoretische Frage, ob das Recht der Eheschließung dem Staate oder der Kirche gebühre, handelt es sich jetzt, wenigstens nicht in erster Linie; sondern darum, ob ein die wichtigsten Acte des bürgerlichen Lebens regelndes Gesetz, nachdem es kaum Zeit gehabt, festen Fuß zu fassen, wieder aufgehoben werden soll. Wir wissen wohl, nicht der „Doctrin" des Liberalismus zu Liebe ist die Civilehe in Preußen und dann im Reiche eingeführt worden; Fürst Bismarck hat sie nothgedrungen und widerwillig benutzt als Waffe in dem Kampfe wider den Ultramontanismus. Von diesem Standpunkte aus würde es sich begreifen, wenn man in dem Augenblicke, da man den Kampf einstellen will, sich auch einer so wenig geliebten Waffe zu entledigen gedächte. Aber die Sache hat denn doch — immer unter dem rein praktisch-politischen Gesichtspunkte betrachtet — noch ihre sehr andere Seite. Man könnte die sogenannten Maigesetze aufheben, ohne daß die große Masse des Volkes sich dadurch irgendwie berührt fühlte; eine Rückgängigmachung des Civilstandsgesetzes aber würde, ganz abgesehen von den materiellen Nachtheilen, nicht ohne die bedenklichste Verwirrung des politischen und moralischen Vorstellungen der großen Menge bewerkstelligt werden können. Und man beachte wohl: hier würde das sonst beliebte Spiel, dem Liberalismus die alleinige Schuld an dem Gesetze zuzuschieben, gar nicht verfangen; alle Welt weiß, daß dies Gesetz aus der eigensten Initiative der Regierung hervorgegangen ist, und zwar einer Regierung, deren Leiter noch heute derselbe ist wie damals! Alle diese Betrachtungen würden freilich in den Hintergrund treten müssen, wenn das Civilstandsgesetz wirklich der Krebsschaden am Leibe unserer Nation wäre, für welchen seine Feinde es ausgeben. Dafür haben aber die vorjährigen Petitionen auch nicht den geringsten stichhaltigen Beleg beigebracht. Sie sind vielmehr lediglich den hierarchischen Gelüsten der evangelisch-orthodoxen Eiferer nach Wiedergewinnung einer verlorenen Machtstellung entsprungen. Ob sie diesmal Triftigeres vorbringen werden, bleibt abzuwarten. Allen liberalen Abgeordneten aber erwächst die Pflicht, sich bei Zeiten in ihren Wahlkreisen nach den mit dem Civilstandsgesetze gemachten Erfahrungen umzusehen, damit die Sache im Reichstage eine allseitige Beleuchtung finden kann.

[Verboten auf Grund des Socialisten-Gesetzes] wurde die Druckschrift „Straffere Zügel und höhere Steuern", verfaßt und herausgegeben von dem Redacteur Heinrich Oldenburg in Hamburg.

Großbritannien.

London, 6. Januar. [Die Flucht Abdurrahman's.] Die Flucht einiger naher Anverwandten Schir Ali's auf russisches Gebiet wird — so schreibt man der „Frankf. Ztg." — vielfach dahin gedeutet, daß die Intriguen Rußlands in Afghanistan ungestört ihren Fortgang nehmen. Eine weitere Bestätigung findet diese Annahme dadurch, daß Abdurrahman Khan, der sich lange als Gefangener oder Pensionär, wie man es nehmen will, russischer Gastfreundschaft erfreute, auf einmal verschwunden ist, um vermuthlich irgendwo in Afghanistan aufzutauchen. Die Geschichte dieses Mannes ist interessant genug, um an dieser Stelle erwähnt zu werden, umsomehr, als derselbe nur zu wahrscheinlich berufen ist, in den Geschicken des unglücklichen Landes auch fernerhin eine nicht unwichtige Rolle zu spielen. Abdurrahaman's Name wurde zuerst in dem Kriege, der nach dem Tode Dost Mohamed's entstand und der Anfang 1869 mit dem Siege Schir Ali's endete, genannt. Abdurrahman zeichnete sich bei dieser Gelegenheit durch Tapferkeit und umsichtige Führung aus. Besiegt — jedoch nicht entmuthigt — flüchtete derselbe auf russisches Gebiet, setzte von dort aus seine Intriguen fort und zählt zweifelsohne noch heute viele Anhänger in seinem Vaterlande. Stände er nicht ganz unter russischem Einflusse, so wäre ein geeigneterer Candidat für den vacant gewordenen Thron Kabuls nicht leicht zu finden. Er besitzt Prestige, Energie und Einfluß, drei Eigenschaften die kein anderer Prätendent augenblicklich vereint aufzuweisen hat. Wie die Dinge liegen, ist natürlich nicht die mindeste Aussicht vorhanden, daß die Gönnerschaft Englands ihm zu Theil werden wird. Dagegen ist es nur zu wahrscheinlich, daß er in der afghanischen Provinz Turkestan Anhänger zu gewinnen suchen und mit russischem Gelde versehen, England den Krieg erklären wird. Die Zukunft wird lehren, in wie fern diese Ansicht richtig ist, jedenfalls dürfte die Stellung der englischen Truppen, angesichts eines Feindes im Norden, der sich jeden Augenblick auf irgend einen schlecht vertheidigten Punkt werfen kann, eine äußerst schwierige werden.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 11. Januar. Angekommen: Se. Excell. Dr. Friedenthal, Staatsminister a. D., aus Schloß Gießmansdorf. Se. Durchl. Fürst von Pleß, Reichsgraf von Hochberg-Fürstenstein, Erb-Ober-Jägermstr. und Freier Standesherr, aus Pleß.

Δ **Steinau**, 11. Jan. [Eisversetzung.] Heut ist der Wasserstand etwas niedriger. Die Pionniere sprengen weiter. Das Eis fitzt sehr fest. Zwischen Zechelwitz und Preichau hat sich eine Eisversetzung gebildet.

† **Oppeln**, 10. Januar. [Die Eisversetzung] bei Sacrau ist durch fortgesetzte Sprengungen heut Nachmittag 2 Uhr gelöst worden und das Wasser jetzt um 5 Uhr hier bei Oppeln um reichlich 1½ Mtr. gefallen. Auch das seither ober- und unterhalb des hiesigen Ortes versetzte Eis ist nunmehr in Bewegung und zum großen Theile bereits abgegangen.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 10. Jan. In dem ungarischen Delegations-Ausschusse für die auswärtigen Angelegenheiten interpellirten heute die Delegirten Szylagyi und Karman den Minister des Aeußeren, Baron Haymerle, über die Verhandlungen mit Serbien betreffs des Handelsvertrages und der Eisenbahnanschlüsse. In seiner Erwiederung betonte der Minister zunächst, daß bezüglich dieser Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Landesregierungen und der gemeinsamen Regierung ein vollkommenes Einverständniß bestehe, und gab hierauf eine geschichtliche Darstellung der Orientbahnfrage bis zum Abschlusse der österreichisch-serbischen Eisenbahn-Convention vom 8. Juli 1878. Der Graf Andrassy und der serbische Ministerpräsident Ristic, erklärte der Minister, wären seiner Zeit sehr bald zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine erfolgreiche Lösung der Frage vor der vollkommenen Ordnung der neuen Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel unmöglich sei. Was die Verhandlungen mit dem serbischen Minister der öffentlichen Arbeiten, Alimpics, betreffe, so seien deren Resultate in einem umfassenden Elaborate niedergelegt. Die Note Ristic's aus dem Anfange Octobers v. J. habe danach getrachtet, den Werth dieser Vereinbarungen möglichst zu devaluiren und denselben nur den Charakter vorläufiger Besprechungen beizumessen, wenn in derselben geltend gemacht wurde, daß zu den Verhandlungen zwischen Oesterreich und Serbien auch die Pforte und Bulgarien beigezogen werden müssen. Die österreichisch-ungarische Regierung habe diese Anschauung in ihrer Note vom 29. October an ihren Gesandten in Serbien, den Grafen Herbert, entschieden widerlegt und betont, daß Oesterreich und Serbien vor Allem zuerst unter sich zu einer Einigung gelangen müßten. Der serbische Minister habe aber hierauf nur mit allgemeinen Versicherungen geantwortet. Am 15. November habe er, Haymerle, darauf abermals eine dringliche Note abgesandt, welche diesmal eine verhältnißmäßig nachgiebigere Erwiederung fand. Ristic habe darin zugegeben, daß bei Inbetrachtnahme des Berliner Vertrages und der Convention vom Juli 1878 die Berechtigung der österreichisch-ungarischen Auffassung thatsächlich nicht zu leugnen sei. Er (Haymerle) habe darauf den österreichischen Gesandten, Grafen Herbert, angewiesen, sofort nach Nisch zu gehen und sich nicht von dort zu entfernen, bis sämmtliche Fragen gelöst seien; denn die gegenwärtige Lage sei eine solche, daß Oesterreich-Ungarn sie ohne fühlbare Schädigung seiner Interessen nicht länger dulden könne, sondern entschlossen sein müsse, seine vertragsmäßigen Rechte ihrem ganzen Umfange nach zur Geltung zu bringen. Zugleich sei Graf Herbert angewiesen worden, den Ministerpräsidenten Ristic zu ersuchen, sofort nach Neujahr einen Bevollmächtigten nach Wien zu entsenden, welcher berechtigt sei, die schwebende Frage definitiv zu ordnen. Der Minister theilte sodann vertraulich eine Anzahl seither eingelangter Telegramme mit, nach welchen der serbische Bevollmächtigte behufs Einleitung von Verhandlungen demnächst nach Wien kommen werde. Die verlesenen Telegramme fanden allseitig ungetheilte Anerkennung. Szylagyi behält sich vor, auf diese Frage in öffentlicher Sitzung zurückzukommen. Der Sectionschef im Ministerium des Auswärtigen, Freiherr von Schwegel, berichtete hierauf über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit betreffend den Handelsvertrag mit Serbien und erklärte, die Regierung wolle keinen Meistbegünstigungs-Vertrag mit Serbien, da ein solcher für Oesterreich-Ungarn nachtheiliger sein würde, als der Standpunkt, welchen Oesterreich-Ungarn als von Serbien nicht für vortheilhaft gehalten und habe man diese Frage fallen gelassen. Im Laufe der Verhandlungen sei die Regierung zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein Handelsvertrag mit Serbien überhaupt nur abgeschlossen werden könne, wenn die Eisenbahnfrage den Interessen Oesterreich-Ungarns entsprechend gelöst sei. Zum Zwecke der nöthigen Vorbereitungen für die Verhandlungen habe man von Serbien die Einsendung der Tarife und der Zollgesetze verlangt. — In Beantwortung weiterer Bemerkungen Szilagyi's erklärte Baron Haymerle, Oesterreich-Ungarn werde stets in der Lage sein, seine vertragsmäßig gesicherten Rechte auch praktisch zur Geltung zu bringen. — Die Mittheilungen des Ministers wurden von dem Ausschusse zur Kenntniß genommen. — In Erwiderung auf an ihn gestellte Anfragen in Betreff dee Befestigungen, deren Schleifung vom Berliner Vertrag festgesetzt worden ist, wies Baron Haymerle auf die großen Kosten solcher Abtragungen hin, sowie darauf, daß in dem bulgarischen Budget bereits eine gewisse Summe hierfür eingestellt sei. Auf eine Anfrage wegen der Lage der Mohamedaner erklärte der Minister, die Regierung habe für die Mohamedaner Alles gethan, was eine fremde Regierung überhaupt thun könne. In dem Budget Ostrumeliens sei bereits ein Betrag für die Unterstützung armer Mohamedaner angesetzt. — Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Rom, 11. Jan. Wie die „Italie" meldet, erklärte der Referent der Senatscommission zur Vorberathung der Mahlsteuervorlage, Saracco, daß er an den in seinen beiden Berichten über die Vorlage enthaltenen Ausführungen nichts zu ändern habe, und hätte in Folge dessen die Central-Commission des Senates nicht für nöthig befunden, zu einer nochmaligen Prüfung der Frage zusammenzutreten. — Der Ministerrath hat in seiner gestrigen Sitzung über die Mahlsteuervorlage berathen.

Paris, 10. Januar. Wie die „Agence Havas" erfährt, wird das „Journal officiel" morgen die Decrete veröffentlichen, durch welche ernannt werden: General Blot zum Chef des Generalstabes im Kriegsministerium an Stelle des Generals Davoust, General Thibandin zum General-Director der Infanterie an Stelle des General Thoumini de Lahaulle, General Sempé zum General-Director der Artillerie an Stelle des Generals Schneegans, General Villenoisy zum General-Director der Genie-Abtheilung an Stelle des General Séré de Rivières und General Panasieu zum Director des Rechnungswesens an Stelle des General Renaudin. In der Besetzung des Postens des General-Directors der Kriegs-Verwaltung und desjenigen der Pulverfabriken hat keine Veränderung stattgefunden.

Paris, 11. Jan. Das „Journal officiel" veröffentlicht die bereits gemeldeten Veränderungen in der Besetzung der obersten Stellen im Kriegsministerium und außerdem die Ernennung Loizillon's zum Director der Cavallerie an Stelle des Oberst Grandin, welcher einen anderen Posten erhält.

Paris, 11. Jan. Nach einer Meldung aus Valparaiso vom 9. d. Mts. hat die gegen den Präsidenten von Bolivia, Daza, aufständische Garnison von Tacna auf Antrieb ihrer Offiziere Tamacho zum Chef gewählt.

Madrid, 11. Jan. Im Congresse hielt anläßlich des jüngsten Attentates der Ministerpräsident Canovas del Castillo eine Rede, in welcher derselbe alle rechtschaffenen Leute aufforderte, sich gegen die Bestrebungen zu vereinigen, welche sich gegen das monarchische Princip und dessen Autorität richten.

Madrid, 11. Jan. Der Senat und der Congreß haben eine Adresse an den König und die Königin votirt, in welcher dem Abscheu Ausdruck gegeben wird, welchen das Attentat gegen die Majestäten allen Vertretern der Nation eingeflößt hat. Gleichzeitig wird darin die Freude darüber ausgesprochen, daß das für alle Spanier so kostbare Leben des Königs und der Königin erhalten worden ist. Die Adresse soll den Majestäten durch eine aus Senatoren und Deputirten gebildete Commission überreicht werden, welcher sich andere Deputirte und Senatoren anschließen können.

London, 11. Jan. Das „Reutersche Bureau" meldet aus Konstantinopel vom 10. d., Savas Pascha habe Layard in einer Note angezeigt, daß der Sultan, beseelt von dem Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen zu England zu wahren, Achmed Tewfik begnadigt hätte. In seiner Erwiederung hierauf habe der britische Botschafter erklärt, daß Achmed Tewfik keiner Begnadigung bedürfe und die Forderung gestellt, daß das Urtheil der religiösen Behörden, als den Gesetzen der Verfassung widersprechend, für nichtig erklärt werde. — Der Ministerrath ist mit der Berathung dieser Angelegenheit beschäftigt.

London, 12. Jan. Das „Bureau Reuter" meldet aus Konstantinopel vom 11. d.: Layard hatte heute eine sehr befriedigende Audienz bei dem Sultan. Tevfik wird nach Chio geschickt. Die officiellen Beziehungen werden unverzüglich wieder eröffnet.

Petersburg, 11. Jan. Das Budget pro 1880 wird in diesen Tagen schließlich festgestellt werden. Dasselbe balanzirt in Einnahme und Ausgabe mit 666 Mill. Rubel. Die Einnahmen sind nach den normalmäßigen Durchschnittserträgen berechnet und gewähren, trotzdem die Ausgaben inclusive der eingestellten Zinsen für die neuen Anleihen um etwa 38 Mill. gegen 1879 gestiegen sind, eine vollständige Deckung dieser. Unter den Mehrausgaben gegen 1879 nehmen die Zinszahlungen für Staatsschulden nach Abrechnung der Verminderung durch Amortisation früher contrahirter Anleihen 15 Mill. mehr als im Vorjahre in Anspruch; ebenso Krieg und Marine 11 Millionen mehr, ferner Inneres wegen Polizeiverstärkung 2 Millionen mehr. Die Mehreinnahmen ergeben sich hauptsächlich aus den Erträgnissen der Accise, der Zölle, der Forsten und Eisenbahnrückzahlungen und zwar im Betrage von 30 Millionen, während weitere 7 Millionen Mehreinnahmen gegen das Vorjahr sich auf verschiedene Titel in kleineren Beträgen vertheilen.

Die vorgestern aus der „Moskauer Zeitung" telegraphirte Meldung von aufgefundenen Proclamationen ꝛc., vorgenommenen Verhaftungen ist nicht richtig und darauf zurückzuführen, daß zwar Recherchen stattfanden, aber Verdächtiges nicht vorgefunden wurde.

Bukarest, 11. Jan. Das amtliche Blatt veröffentlicht die Decrete, betreffend die Umwandluug der diplomatischen Agentur in Rom in eine Gesandtschaft, und betreffend die Ernennung des gegenwärtigen diplomatischen Agenten in Rom, Esarcu, zum Ministerresidenten in Athen. Gleichzeitig wird Esarcu beauftragt, die Gesandtschaftsgeschäfte in Rom bis zur Ernennung und Ankunft des neuen Gesandten zu versehen.

Nisch, 11. Jan. Die Skupschtina hat das Colonisationsgesetz angenommen.

Vorträge und Vereine.

—d. **Breslau**, 8. Jan. [Schlesischer Centralverein für Gärtner und Gartenfreunde.] Aus den letzten Sitzungen des vergangenen Jahres tragen wir im Anschluß an unsern letzten Bericht noch Folgendes nach. In der 15. Sitzung hatte der Vorsitzende, Herr Schütze-Breslau, Odontoglossum grande aus Guatemala, eine blühende Orchidee mit einer einjährigen Samenfrucht, ausgestellt. Dieselbe gedeiht in einem temperirten Hause sehr gut; die Blüthen dieser Species sind sehr effectvoll. Herr Schütze hatte ferner ein Blatt von der Riesenbanaue, Musa superba, 3 Meter lang und 1 Meter breit, ausgelegt. Handelsgärtner L. Franke-Breslau hatte junge, 1½jährige, im freien Lande gezogene Dracaena lineata und indivisa ausgestellt. Dieselben haben in hiesiger Gartenerde eine üppige ihr Alter kaum erkennen lassende Größe erlangt. Unter diesen Sämlingen giebt es eine Menge Varietäten. Der Frage gegenüber, wie man Theerosen im Freien überwintere, wurde das Eindecken derselben mit kieferner Waldstreu oder mit Brechschiefer empfohlen. Die feineren Sorten würde man am besten mit kiefernen Sägespänen bedecken. Auch das sog. Hohldecken wurde empfohlen. Im Weiteren sprach man sich allgemein für den Frühjahrsschnitt der Rosen aus. In der 16. Sitzung theilte Handelsgärtner Guder-Carlowitz sein Verfahren mit, starke Obstbäume im Monat August zu pflanzen, womit er günstige Resultate erzielt habe. Man entblättert zuerst den zu pflanzenden Obstbaum, giebt ihm eine kleinere regelrechte Krone, pflanzt denselben und schlemmt ihn dann gehörig an. Im Anschluß an ein Referat des Obergärtners Grunert über die August-Veredelung bei Kirschen empfahl Herr Guder die Frühjahrs-Veredelung, weil die im August veredelten Kirschen leichter dem Harzfluß geneigt seinen. Ferner sprach Herr Grunert über die Weiden-Veredelung und behauptete, daß die Oculation am Ende des Monats Juli die beste sei. Auf die Frage, welches die beste Trauerweide sei, die unsern Winter gut aushalte, wurde Salix Siebaldis als die eleganteste für Kirchhöfe, S. seritia pendula für kleinere Gärten, S. regalis (Silberweide), ein pyramidaler Zierstrauch, für kleine Gehölz-Anlagen empfohlen. Um die Eisentheile in den Gewächshäusern gut zu erhalten, soll man, wie empfohlen wurde, dieselben mit kochendem Asphaltlack bestreichen, nachdem derselbe zuvor mit Theeröl verdünnt worden ist. Das ausgelegte Handbuch „Der Planzeichner" vom Hofgärtner Eichler wurde mit Interesse begrüßt, weil dasselbe eine Lücke in der Gartenliteratur ausfüllt. — In der 17. Sitzung referirte der Vorsitzende, Herr Schütze, aus dem „Obstgarten" über Bepflanzung der Alleen und betonte, daß man dort, wo Obstbäume nicht gedeihen, Zierbäume, wie Akazien, Eschen, Linden, Ahorn, Pappeln, Weiden, Birken, gemeine Trauerkirsche ꝛc. zur Bepflanzung anwenden solle. In Schlesien gebe es noch viele Straßen und Wege, die jedweder Baumpflanzung entbehrten. In dieser Sitzung brachte auch Obergärtner Wohnig-Scheitnig den Vortrag seiner durchaus beachtenswerthen gärtnerischen Briefe über die Behandlung der Pflanzen im Zimmer zum Abschluß. Diese Briefe sollen im Jahresbericht Aufnahme finden. — In der 18. Sitzung machte der Vorsitzende u. A. darauf aufmerksam, daß man die Fledermäuse, wie es dann und wann immer noch geschehe, nicht tödten, sondern dieselben schützen solle, weil sie des Nachts nur schädliche Insecten, Käfer und Nachtschmetterlinge, zu ihrer Nahrung vertilgen. Handelsgärtner Krauspe-Oberhof bei Schmolz hielt hierauf einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag „über den Nutzen des Melonenbaumes." Ferner hatte der Vortragende Weintrauben von der neueren Sorte „Goldne Champion" ausgestellt. Diese Sorte hat sehr große gelbe Beeren und wird bei guter Lage und schönem Herbstwetter auch bei uns im Freien reif. Man war allgemein der Ansicht, daß diese Species sich hauptsächlich zur Treiberei eignen dürfte. Herr Krauspe hatte dem Verein eine Anzahl Reben dieser Sorte zur Verfügung gestellt, welche unter die Mitglieder vertheilt wurden. Handelsgärtner L. Franke-Breslau hatte einige Blätter von diesjährigen Sämlingen der Ampelpflanze Saxifraga sarmentosa ausgelegt, welche sich von der Mutterpflanze durch die silbergraue Nervatur ihres Blattes vortheilhaft auszeichnen. Auf die Frage, welches Veilchen sich am besten zur frühesten Treiberei eigne, wurde für den Monat December Viola Russica perfection und Viola semp. var. Laucheana, für den Monat Januar das Monatsveilchen, für den Monat Februar Czar- und Victoria-Veilchen besonders empfohlen. — Zur 19. Sitzung war u. A. der Haupt-Katalog des internationalen Saatkartoffel-Geschäfts von A. Busch, Rittergutsbesitzer auf Graß-Massow bei Zewitz in Pommern, ausgelegt. Von den im Katalog angeführten Neuheiten empfiehlt der Vorsitzende die Sorte Rothraut, eine rothschalige, runde, ganz frühe Speisekartoffel mit gelbem Fleisch und hellvioletter Blüthe. Dieselbe bleibt auch auf besseren Bodenklassen wohlschmeckend und eignet sich vorzugsweise zum Antreiben, ferner eine ältere, schon bekannte Tafelkartoffel Alpha, die früheste aller bisher bekannten Kartoffeln. Dieselbe ist fein, weiß mit röthlichem Anflug um die Augen. — In der letzten Versammlung, der Generalversammlung, ergab eine für den Unterstützungsfonds für alte bedürftige Gärtner und Gärtnerwittwen veranstaltete Sammlung 20 M. Die am hiesigen Platze veranstalteten Auctionen gärtnerischer Erzeugnisse aus Holland gaben zu längerer Debatte Veranlassung. Diesen Auctionen müsse man mit Hilfe der Regierung entgegentreten. Der Vorsitzende, Herr Schütze, hielt hierauf einen Vortrag über: „Bouvardien, Abutilon und Epiphyllum." Redner hat diese schönen Winterblüher bei dem diesjährigen, so überaus kalten Winter wieder um Vieles höher schätzen gelernt. Demnächst wurde Ober-Hofgärtner Schwedler zu Slawentzitz zum Ehrenmitgliede ernannt. Rendant Schmidt-Breslau erstattete hierauf den Kassenbericht, wofür ihm dankend Decharge ertheilt wurde. Im Weiteren wurde von der Versammlung beschlossen, im Monat Januar einen Ball zu veranstalten. Die Arrangements hierfür wurden einem Vergnügungscomite übertragen. Nach dem Bericht des Herrn Franke über die Thätigkeit der Mitglieder im vergangenen Jahre kann dieselbe als eine sehr rege und das gärtnerische Interesse fördernde bezeichnet werden. Der Verein hielt 19 Sitzungen und eine Generalversammlung. Vorträge wurden fünf gehalten, 18 Fragen eingehend behandelt und aus den verschiedenen Zeitschriften des Vereins Referate erstattet. Ausgestellt waren in den Sitzungen abgeschnittene Zweige von Gehölzen, Blumen, Topfpflanzen, Früchte ꝛc. — Die Bibliothek des Vereins enthält 158 Bände. Der Verein zählt 180

Mitglieder und zwar 14 Ehrenmitglieder, 3 correspondirende und 163 wirkliche Mitglieder. Dem hierauf zurücktretenden Vorstande wird der Dank der Versammlung ausgesprochen. In den neuen Vorstand werden gewählt: Obergärtner Schütze-Breslau als Vorsitzender, Baumschulen-Besitzer W. Guder-Carlowitz als stellvertretender Vorsitzender, Handelsgärtner L. Franke-Breslau als Secretär, Obergärtner Kober-Breslau als stellvertretender Secretär und Kaufmann A. Schmidt-Breslau als Rendant.

Berliner Börse vom 10. Januar 1880.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	97,75 bz
Consolidirte Anleihe	4½	104,50 bz
do. do. 1876	4	97,25 etbz
Staats-Anleihe	4	97,25 G
Staats-Schuldscheine	3½	93,75 G
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	145,00 B
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,30 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	103,40 bz
Pommersche	3½	88,75 bz
do.	4	96,50 bz
do	4½	103,00 bz
do. Lndch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	98,20 bzG
Schlesische	3½	— —
Lndschaftl. Central	4	98,50 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	99,20 bz
Pommersche	4	98,70 bz
Posensche	4	98,25 G
Preussische	4	98,25 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	99,25 B
Sächsische	4	99,00 B
Schlesische	4	99,50 G
Badische Präm.-Anl.	4	133,30 bz
Baierische Präm.-Anl.	4	133,40 bz
do. Anl. v. 1875	4	97,50 B
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	132,90 bz
Sächs. Rente von 1876	3	75,10 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	110,00 G
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	102,00 bzG
do. do.	5	104,00 bzG
DeutscheHyp.-Bk.-Pfb.	4½	100,50 bzG
do. do. do.	5	102,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	101,75 bz
Unkündb. do. (1872)	5	105,20 bz
do. rückzb. à 110	5	112,20 bzG
do. do. do.	4½	105,00 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd.-B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	103,75 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	— —
Hyp.-Anth. Nord. G-C-B	5	99,50 bzG
do. do. Pfandbr.	5	96,75 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	102,90 G
do. do. II. Em.	5	100,90 bzB
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	115,50 G
do. do. II. Em.	5	113,25 bzB
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	105,00 G
do. 4½ do. do. m. 110	4½	— —
Meininger Präm.-Pfdb.	4	117,50 G
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	101,25 bz
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	104,00 B
do. do.	4½	101,75 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	104,70 B
do. do.	4½	101,75 B

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1. 1./7.)	4⅕	61,60 bzG
do. (1./4. 1./10.)		61,60 bz
do. Goldrente	4	71,50 bzG
do. Papierrente	4⅕	60,30 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	114,30 G
do. Lott.-Anl. v. 60	5	126,50 bz
do. Credit-Loose	fr.	328,50 B
do. 64er Loose	fr.	306,00 B
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	151,30 bz
do. do. 1866	5	149,00 bzG
do. Orient-Anl. v. 1877	5	59,30-40 bz
do. II. do. v. 1878	5	59,50-60 bz
do. III. do. v. 1879	5	59,30-40 bz
do. Anleihe 1877	5	88,80 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	78,70 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	79,00 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	81,30 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	63,90 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	56,40 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	102,00 bzG
do. 5% Anleihe	5	101,10 G
Ital. 5% Anleihe	5	— —
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	89,90 bz
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	fr.	16,90 bz
Ungar. Goldrente	6	84,80-90 bzB
do. Loose (M. p. St.)	fr.	260,00 bzG
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	83,90 bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 50,25 bzG
Türken-Loose 30,20 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	101,70 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	96,30 bz
do. do. VI.	4½	102,25 B
do. Hess. Nordbahn	5	101,00 G
Berlin-Görlitz	5	101,00 bz
do.	4½	99,00 G
do. Lit. C.	4½	98,90 bzG
Bresl.-Freib. Lit. D. E. F.	4½	102,25 G
do. do. G.	4½	101,55 B
do. do. H.	4½	101,50 G
do. do. J.	4½	101,50 G
do. do. K.	4½	101,50 G
do. von 1876	5	105,25 B
Breslau-Warschauer	5	102,25 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	97,40 B
do. Lit. B.	4½	100,10 bz
do. IV.	4	97,50 bzB
do. V.	4	97,40 G
Halle-Sorau-Guben	4½	103,25 G
Hannover-Altenbeken	4½	100,30 G
Märkisch-Posener	4½	102,25 B
Niederschles.-Märk. I.	4	99,75 G
do. do. II.	4	— —
do. Obl. I. u. II.	4	99,50 G
do. Obl. III.	4	98,25 G
Oberschles. A.	4	98,00 B
do. B.	3½	— —
do. C.	4	98,50 G
do. D.	4	98,50 G
do. E.	3½	90,75 G
do. F.	4½	102,50 B
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	102,80 G
do. von 1879	4½	103,25 G
do. von 1873	4	97,25 bzG
do. von 1874	4½	102,80 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	5	102,00 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	102,00 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	102,50 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Charkow-Asow gar.	5	92,40 bz
do. do. in Pfd. Sterl.	5	85,00 G
Charkow-Kremen. gar.	5	89,90 bzB
do. do. in Pfd. Sterl.	5	— —
Rjäsan-Koslow gar.	5	100,10 bzG
Dux-Bodenbach	5	81,00 bzB
do. II. Em.	5	77,80 bzG
Prag-Dux	fr.	45,00 B
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	90,60 bz
do. do. neue	5	89,20 bz
Kaschau-Oderberg	5	73,00 bzG
Ung. Nordostbahn	5	69,20 bzG
Ung. Ostbahn	5	67,00 bz
Lemberg-Czernowitz	5	76,00 bzG
do. do. II.	5	79,00 bzG
do. do. III.	5	74,50 bzB
do. do. IV.	5	72,00 bz
Mährische Grenzbahn	5	66,20 bz
Mähr.-Schl. Centralb.	fr	28,50 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	79,60 bzG
Oesterr.-Französische	3	368,00 bzB
do. do. II.	3	359,40 bzG
do. südl. Staatsbahn	3	256,25 bzG
do. neue	3	256,50 bzG
do. Obligationen	5	90,10 bzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	95,80 bz
Warschau-Wien II.	5	101,50 G
do. III.	5	100,80 bzB
do. IV.	5	98,40 bzG
do. V.	5	97,40 bzB

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,70 bz
do. do.	2 M.	3	167,95 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,24 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	80,75 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	209,40 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	211,00 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	172,80 bz
do. do.	2 M.	4	171,85 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 270,50 B
Badische 35 Fl.-Loose 176,50 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 93,75 bz
Oldenburger Loose 151,75 B

Ducaten — —	Dollar — —
Sover. 20,29 G	Oest. Bkn. 173,10 bz
Napoleon 16,16 bzG	do. Silbergd. 173,50 B
Imperials — —	Russ. Bkn. 211,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1878	1879		
Aachen-Mastricht	½	—	4	31,75 bzG
Berg-Märkische	4	—	4	92,90 bz
Berlin-Anhalt	5	—	4	102,50 bz
Berlin-Dresden	0	—	4	15,80 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	23,50 bzG
Berlin-Hamburg	10½	—	4	187,00 bz
Berl-Potsd.-Magdb	3½	4	4	95,75 bzG
Berlin-Stettin	3,65	4¾	4	111,80 bzG
Böhm. Westbahn	5¾	—	5	92,40 bz
Bresl.-Freib.	3¼	—	4	93,00 bz
Cöln-Minden	6,3	6	4	143,00 bzB
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	56,50 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,214	—	4	110,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	24,00 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	53,60 bz
Kaschau-Oderberg	4	—	5	53,25 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	65,10 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	190,25 bz
Märk.-Posener	0	0	4	31,10 bzG
Magdeb.-Halberst.	9½	6	4	142,00 bzB
Mainz-Ludwigsh.	4	—	4	88,60 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	99,00 B
Oberschl. A. C. D. E.	8½	—	3½	173,60 bz
do. B.	8½	—	3½	147,50 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	465,50-473,00
Oest. Nordwestb.	4	—	5	278,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	144,50-146
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	64,50 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7	—	4	139,90 bz
Reichenberg-Pard.	4	—	4½	53,00 bzG
Rheinische	7	7	4	151,90 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	96,40 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	12,90 bz
Rumän. Eisenbahn	2	—	4	44,25 bzG
Schweiz Westbahn	0	—	4	18,70 bzG
Stargard-Posener	4½	—	4½	103,00 B
Thüringer Lit. A.	8	—	4	154,00 bz
Warschau-Wien	9,165	—	4	252,80 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	—	5	41,00 bzG
Berlin-Görlitzer	1	—	5	70,50 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	41,00 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	80,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	5	214,50 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	36,00 bzG
Märkisch-Posener	5	—	5	99,00 bz
Magdeb.-Halberst.	4⅕	3½	3½	88,10 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	118,40 bz
Ostpr. Südbahn	5	—	5	97,80 bz
Posen-Kreuzburg	2¾	—	5	68,50 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7	—	5	138,50 bzG
Rumänier	8	—	8	102,00 bzB
Saal-Bahn	0	0	5	40,75 bz
Weimar-Gera	0	0	5	28,50 bzG

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G	2	—	4	50,00 G
Berl. Kassen-Ver.	8⁹⁄₁₀	—	4	167,00 G
Berl. Handels-Ges.	0	—	4	103,20 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	0	—	4	77,50 bz
Braunschw. Bank	4½	—	4	92,60 bz
Bresl. Disc.-Bank	3	—	4	95,75 bzG
Bresl. Wechslerb.	5⅔	—	4	100,90 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	—	4	89,75 bzB
Danziger Priv.-Bk.	5⅕	—	4	107,50 G
Darmst. Creditbk.	6¾	—	4	142,00 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¼	—	4	104,40 bzG
Deutsche Bank	6½	—	4	137,25 bzG
do. Reichsbank	6,3	—	4½	152,00 bzB
do. Hyp.-B. Berl.	6¼	—	4	90,00 bzB
Disc.-Comm.-Anth.	6½	—	4	186,75 bz
do. ult.	6½	—	4	186,25-88,00
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	111,00 B
do. junge	5½	—	4	107,50 bzG
Goth. Grundcredb.	6	—	4	91,00 bz
do. junge	6	—	4	90,10 bz
Hamb. Vereins-B.	7¾	—	4	— —
Hannov. Bank	5½	—	4	104,50 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	6	—	4	101,50 bzG
Lndw.-B. Kwilecki	4⅔	—	4	62,50 G
Leipz. Cred.-Anst.	6⅔	—	4	141,25 bzG
Luxemburg. Bank	7½	—	4	134,00 bzB
Magdeburger do.	6⁸⁄₁₀	—	4	115,00 B
Meininger do.	2½	—	4	94,10 bzG
Nordd. Bank	8⅘	—	4	151,75 B
Nordd. Grundcr.-B.	0	—	4	53,25 bz
Oberlausitzer Bk.	4	—	4	83,50 G
Oest. Cred.-Actien	8¾	—	4	511,00-517,00
Posener Pro.-Bank	4	—	4	110,00 etbz
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	5	—	4	99,00 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	126,50 G
Sächs. Bank	5¾	—	4	114,50 bzB
Schl. Bank-Verein	5	—	4	105,00 bzG
Weimar. Bank	0	—	4	41,00 bzG
Wiener Unionsbk.	5	—	4	188,50 bz

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	47,10 G
Sächs. Cred.-Bank	—	—	fr.	— —
Schl. Vereinsbank	—	—	fr.	— —
Thüringer Bank	—	—	fr.	190,50 G

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	10,90 bz
do. Reichs-u. Co.-B.	—	—	fr.	— —
Märk.-Sch. Masch G	0	—	4	42,50 bzG
Nordd. Gummifab.	4	—	4	55,00 bzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	5	—	4	87,50 G
Schles. Feuervers.	21	—	fr.	— —
Donnersmarkhütt.	½	—	4	72,00 bzG
Dortm. Union	0	—	4	16,00 bzG
do. abgest.	0	—	4	19,50 bzG
Königs- u. Laurah.	1½	—	4	125,50 bzG
Lauchhammer	0	—	4	43,50 bzG
Marienhütte	2½	—	4	81,50 bzG
Cons. Redenhütte	4	—	4	190,00 B
do. Oblig.	6	6	6	103,00 B
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	22,50 bz
Schl. Zinkh.-Actien	5½	—	4	100,00 bzB
do. St.-Pr.-Act.	5½	—	4½	100,00 etbzB
Oppeln. Portl. Cem.	3½	—	4	57,25 G
Groschowitzer dto.	2	—	4	53,75 G
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	86,00 bzG
Vorwärtshütte	0	—	4	22,75 bzB
Bresl. E.-Wagenb.	5½	—	4	81,90 bzG
do. ver. Oelfabr.	5½	—	4	80,00 bzG
do. Strassenbahn	6	—	4	114,50 bzG
Erdm. Spinnerei	0	—	4	35,00 bzB
Görlitz. Eisenb.-B.	6½	—	4	94,25 bzG
Hoffm.'s Wag. Fabr	0	—	4	conv. 69,00 bz
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	69,75 bzG
Schl. Leinenind.	5	—	4	90,50 bzG
do. Porzellan	1½	—	4	57,00 G
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	42,00 G

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 11. Januar, Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3% Rente —, —, Anleihe von 1872 116, 72½, Italiener 79, 95, Oesterreichische Goldrente 71, 80, Ungar. Goldrente 84½, Spanier exter. —, 1877er Russen —, —, Türken 1865 —, —, III. Orientanleihe —, Egypter 278, 75, Banque ottomane —, —, Lombarden —, —, Türkenloose —, —. — Fest.

Berlin, 11. Januar, Nachm. 1 Uhr 10 Min. [Privatverkehr.] Creditact. 516,00—515,00—517,50—517,00, Franz. 473,00—471,50—473,00—471,00, Lombarden 145,00, 1860er Loose 126,50, österr. Silberrente 61,50, do. Papierrente 60,50, do. Goldrente 71,25, ungar. Goldrente 84,75—84,90, Italiener 80,50, 1877er Russen 88,60—88,50, alte Russen 86,25—86,10, Russ. Noten per ultimo 212,00, II. Orient-Anleihe 59,25, III. Orient-Anleihe 59,10, Rumänier 44,25—44,10, Köln-Mindener 143,10, Oberschlesische 174,75 bis 174,25, Bergisch-Märkische 93,10, Thüringer 155,00, Rheinische 152,00, bis 151,90, Galizier 111,00—110,75, Disconto-Commandit 188,25—190,10, bis 189,50—190,50—190,00, Deutsche Bank 139,25—140,25, Laurahütte 127,25 bis 127,00—127,75, Dortmunder St.-Prioritäten 110,50—109,75—112,50 bis 112,00, Kön. Marienhütte 116,00—117,00 Gd., Oels-Gnesener St.-Prioritäten 44,00 Gd. Günstig.

Nachbörse 2 Uhr: Creditactien 516,00—513,00, Franzosen 470,00—468,50, 1860er Loose 126,25, ungar. Goldrente 84,75, II. Orientanleihe 59,10, III. Orientanleihe 59,00, Rumänier 43,75, Disconto-Commandit 189,40—188,60 bis 189,10, Deutsche Bank 140,00 Br., Laurahütte 127,00—126,75, Dortmunder Stamm-Prioritäten 111,25—110,75. Abgeschwächt.

Frankfurt a. M., 11. Januar. Nachmittags. [Effecten-Societät.] Köln-Mindener St.-A. 143⅛, Rheinische do. 152, Darmstädter Bank 143¾, österr.-ungar. Bank 723, Creditactien 258, Silberrente 61⅜, Papierrente 60⅝, Goldrente 71⅜, Ungar. Goldrente 84¾, 1860er Loose 126½, Ungar. Loose 202, 50. Böhm. Westbahn 187¼, Elisabetbahn 164¾, Nordwestbahn 142, Galizier 221¼, Franzosen 235½, Lombarden 72⅛, 1877er Russen 89, II. Orientanleihe 59⅜. Hessische Ludwigsbahn —. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 257⅞, Franzosen 235⅝.

Hamburg, 10 Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 125¼, Silberrente 61¼, Oest. Goldrente 71, Ung. Goldrente 84⅝, Credit-Actien 258, 1860er Loose 126¾, Franzosen 589, Lombarden 178, Italienische Rente 80⅛, 1877er Russen 88¾, II. Orient-Anleihe 57½, Vereinsbank 120⅜, Laurahütte 125¾, Nordd. 152½, Commerzbank 115¼, Anglo-deutsche 56¾, Amerik. de 1885 95, Köln-Mind. St.-A. —, Rhein. Eisenb. do. 152, do. junge 145¾, Berg.-Märk. do. 92¾, Berlin-Hamb. do. 190, Altona-Kiel. do. 137, Oesterr. Nordwestbahn 344—354. Disconto 3¼ pCt. — Sehr fest.

Hamburg, 10. Januar, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen per April-Mai 237½ Br., 236½ Gd., per Mai-Juni 239½ Br., 238½ Gd. — Roggen per April-Mai 167 Br., 166 Gd., per Mai-Juni 166 Br., 165 Gd. Hafer und Gerste ruhig. Rüböl still, loco 58, per Mai 58. — Spiritus ruhig, per Januar 53 Br., per Februar-März 52¾ Br., per April-Mai 51¼ Br., per Mai-Juni 51¼ Br. — Kaffee fest, Umsatz 4000 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 7, 50 Br., 7, 30 Gld., per Januar 7, 30 Gd., per Februar-März 7, 80 Gd. — Wetter: Sich aufklärend.

Hamburg, 11. Jan., Nachm. [Privatverkehr.] Oesterr. Silberrente 61¼, do. Papierrente 60½, do. Goldrente 71⅛, Ungarische Goldrente 84½, 1860er Loose 127, Lombarden 178, Credit-Actien 257, Franzosen 587½, Rhein. Bahn 151⅞, do. junge 145⅜, Berg.-Märk. Bahn 92¾, Köln-Mindener Bahn 142¾, 1877er Russen 88⅞, Laurahütte —, Hamburg-Amerik.-Packetfahrt-Actien-Gesellschaft —, II. Orientanleihe —, Hamburger St.-Prämien-Anleihe 126¼. Schwankend, Schluß matt.

Wien, 11. Januar. [Privatverkehr.] Credit-Actien 289, 10, Franzosen 271, 25, Galizier 255, 25, Anglo-Austr. 143, 40, Lombarden 83, 75, Papierrente 70, 02½, Oesterr. Goldrente 82, 60, Ungar. Goldrente 98, 20. Marknoten 57, 85, Napoleonsd'or 9, 32, 1864er Loose —, —. Spielwerthe, Renten, Staatsbahnen abgeschwächt, sonstige Bahnen begehrt.

Liverpool, 10. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 15,000 Bll., davon 12000 B. amerikanische, 3000 B. diverse.

Liverpool, 10. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Amerikaner ¹⁄₁₆ billiger, weiße Egypter ⅛ D. theurer. Middl. amerikanische Februar-März-Lieferung 7¹⁄₃₂, Februar-April-Lieferung 7³⁄₃₂ D.

Newyork, 9. Januar, Abends. [Baumwollen-Wochenbericht.] Zufuhren in allen Unionshäfen 148,000 Ballen. Ausfuhr nach Großbritannien 62,000 B. Ausfuhr nach dem Continent 23,000 B. Vorrath 911,000 B.

Pest, 10. Januar, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco unverändert, Termine fest, per Frühjahr 14, 75 Gd., 14, 80 Br. — Hafer per Frühjahr 7, 72 Gd., 7, 77 Br. — Mais per Mai-Juni 8, 75 Gd., 8, 80 Br. — Kohlraps per August-September 13½. — Wetter: Heiter. Eis steht. Wasserstand gegen 14 Centimeter höher.

Paris, 10. Januar, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Januar 33, 30, per Februar 33, 30, per März-April 33, 60, per März-Juni 33, 40. Mehl ruhig, per Januar 71, 25, per Februar 71, 50, per März-April 71, 75, per März-Juni 71, 50. — Rüböl ruhig, per Januar 80, 50, per Februar 80, 75, per März-April 81, 25 per Mai-August 82, 00. — Spiritus ruhig, per Januar 69, 25, per Februar 69, 25, per März-April 69, 50, per Mai-August 69, 00. — Wetter: —.

Paris, 10. Jan., Nchm. Rohzucker fest, Nr. 10/13 pr. Januar per 100 Kilgr. 64, 75, Nr. 7/9 pr. Januar per 100 Kilgr. 70, 75. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Januar 75, 50, per Februar 75, 50, per März-April 75, 50.

London, 10. Januar. Havannazucker Nr. 12, 27. Fest.

Antwerpen, 9. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen still. Roggen flau. Hafer unverändert. Gerste ruhig.

Antwerpen, 10. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19½ bez. u. Br., per Februar 19½ Br., per März 19½ bez., 19¾ Br., per September 21¼ Br. Fest.

Bremen, 10. Januar, Nachm. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 55 bez., per Febr. 7, 65 bez., per März-April 7, 80 bez., per August-December 8, 70 Br.

Berlin, 10. Januar. Spiritus loco ohne Faß 60,7—60,3 M. bez., per Januar 60,4—60,2 M. bez., per Januar-Februar 60,4—60,2 M. bez., per April-Mai 62,2—61,9 M. bez., per Mai-Juni 62,4—62,1 M. bez., per Juni-Juli 63,3—62,9 M. bez., per Juli-August 64,1—63,8 M. bez., per August-September 64,5—64,2 M. bez. Gekündigt 50,000 Ltr. Kündigungspreis 60,4 Mark.

Chicago, 10. Januar. Sechszehn Millionen Bushels Getreide sind hier angehäuft, die noch schwimmenden Ladungen betragen 1 Million Bushels. Die Anhäufung ist durch anhaltende Ankäufe seitens eines Syndicats hervorgerufen, welches die Preise auf einen Stand forcirten, wo die Verschiffung nicht rentirbar ist.

* **Breslau**, 12. Jan., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen etwas reger, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen, zu notirten Preisen gut verkäuflich, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 19,40 bis 21,30—22,30 Mark, gelber 19,20—20,60 bis 21,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, feine Qualitäten preishaltend, pr. 100 Kilogr. 15,90 bis 16,90 bis 17,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach behauptet, pr. 100 Kilogr. 15,70—16,70 Mark, weiße 17,00 bis 17,30 Mark.

Hafer sehr fest, pr. 100 Kilogr. 12,90—13,80—14,10 Mark.

Mais in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 13,30—13,80—14,60 Mark.

Erbsen mehr offerirt, pr. 100 Kilog. 18,50—19,60—20,20 M., Victoria- 21,00—22,00—23,50 Mark.

Bohnen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 19,50—21,00—22,00 M.

Lupinen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,80—8,40—8,90 Mark, blaue 7,60—8,20—8,60 Mark.

Wicken ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 13—13,50—14,20 Mark.

Oelsaaten gut behauptet.

Schlaglein schwächer angeboten.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	25	—	22	—
Winterraps	23	—	22	—	21	50
Winterrübsen	22	50	21	75	21	50
Sommerrübsen	22	50	21	75	21	50
Leindotter	22	50	21	50	20	75

Rapskuchen behauptet, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,70 Mark, — fremde 6,10—6,30 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,70—9,90 Mark.

Kleesamen stärker zugeführt, rother für Qualitäten preishaltend, pr. 50 Kilogr. 40—45—50—53 Mark, — weißer behauptet, 48—57—68—77 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenklee matt, pr. 50 Kilogr. 48—52—62 Mark.

Thymothee mehr offerirt, pr. 50 Kilogr. 19—22—26 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 31,00—32,00 Mark, Roggen fein 27,00—28,00 Mark, Hausbacken 26,00—27,00 Mark, Roggen-Futtermehl 10,20—11,00 Mark, Weizenkleie 9,50—10 Mark.

Heu 2,60—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 20,00—22,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 10., 11.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 0°,3	— 0°,8	— 1°,4
Luftdruck bei 0° (mm)	762,0	764,6	764,9
Dunstdruck (mm)	4,4	4,2	4,0
Dunstsättigung (pCt.)	94	96	96
Wind	NO. 1.	N. 1.	NO. 1.
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	bedeckt

Jan. 11., 12.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	— 0°,5	— 0°,9	— 1°,4
Luftdruck bei 0° (mm)	765,1	765,2	764,5
Dunstdruck (mm)	4,2	3,9	4,0
Dunstsättigung (pCt.)	94	90	96
Wind	NW. 1.	NW. 1.	NW. 1.
Wetter	bedeckt.	bedeckt. Abds. Regentr.	bedeckt.

Breslau, 12. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 96 Cm. U.-P. 1 M. 16 C. Eisstand.

Wasserstands-Telegramm.

Oppeln, 10. Januar, 6 Uhr Nachm. Wasserstand 3,20 Meter. — Eisgang vorüber. — Letzte Nachricht.

[Rennsport in Bosnien.] Man schreibt aus Zenitza, den 4. d. Mts.: „Auch Bosnien hat seinen Rennsport. Gelegentlich einer türkischen Hochzeit fand bei Zenitza an der Bosna ein Wettrennen statt. Die Pferdchen sind „trainirt" und bekommen wie bei uns vor dem Rennen kein Futter, sind ganz primitiv gezäumt und ungesattelt; die Reiter sind Knaben unter 15 Jahren. Das Offiziercorps von Zenitza mit dem Stationscommandanten, Major Mudra, an der Spitze wohnte dem Rennen bei und wurde von den Türken ganz ernsthaft ersucht, das unparteiische Richteramt zu versehen, während Husaren-Lieutenant Scheff als Starter gelten sollte. Als Preis war ein Stück buntes Tuch und ein Geldbetrag, von den Offizieren gegeben, ausgesetzt. Unter unglaublichem Geschrei langte der Sieger an und wurde allseitig jauchzend beglückwünscht. Erwähnen wollen wir noch, daß die Pace eine ganz respectable war und entschieden beweist, daß in den bosnischen Pferdchen gutes Blut steckt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.